

Ökologische Plattform
bei der Partei
DIE LINKEN

Beiträge

zur

Umweltpolitik

Götz Brandt

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum?

Heft 3

DIE LINKE.

Beiträge zur Umweltpolitik Heft 3

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum?

Götz Brandt

Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE

2011

1. Aufl. (01/2007, Mai 2007); Hrsg.: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE, Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt – Energie – Verkehr; 2007.
- 2., durchgesehene u. ergänzte Aufl. (Heft 3, Mai 2011); Hrsg.: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE; 2011.

Redaktion und Gestaltung:
Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE
oekoplattform@die-linke.de
www.oekologische-plattform.de
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin

Berlin, Mai 2011

„Niemand darf seinen Wohlstand vergrößern, solange nicht alle das Existenzminimum haben.“

(5. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, Nairobi 1975)

„Die Konzernherrschaft wird kollabieren, wenn wir uns weigern, das zu kaufen, was sie verkaufen – ihre Ideen, ihre Vision von Geschichte, ihre Waffen, ihre Vorstellung von Unvermeidbarkeit.“

(Roy, A.)

„Wachstumsfanatiker sind Kriegstreiber.“

(Gruhl, H. 1975)

Der Industrialismus selbst und nicht nur seine kapitalistische Ausprägung ist der tiefste Grund für die Entfremdung des Menschen.

(Bahro, R. 1981)

Jeder ökologische Denkansatz ist notwendigerweise antikapitalistisch.

(Ehrenberg, H. 1978)

Was nützen ein verändertes Bewusstsein und ein ihm entsprechendes Verhalten Einzelner, wenn es auf die Veränderung der Gesellschaft ankommt.

(Wencke, K. E.; Zillesen, H. 1978)

Inhalt

Vorwort zur 1. Auflage	7
Vorwort zur 2. Auflage	8
1. Warum sollte sich heute jede/r mit Wirtschaftswachstum befassen?	9
2. Welcher Unterschied besteht zwischen natürlichem und wirtschaftlichem Wachstum?	11
2.1. Wachsen und Sterben in der Natur	11
2.2. Was ist Wirtschaftswachstum?.....	12
2.3. Welche Wachstumstheorien gibt es?	13
3. Warum braucht Kapital Wirtschaftswachstum?	15
3.1. Brauchen Unternehmer Wirtschaftswachstum?.....	15
3.2. Ist Bedürfnisbefriedigung Ziel des Wachstums?.....	16
3.3. Ist Wirtschaftswachstum in Deutschland Staatsziel?	17
4. Welche Vorzüge werden dem Wirtschaftswachstum angedichtet?	19
4.1. Bringt Wirtschaftswachstum mehr Wohlstand?	19
4.2. Schafft Wirtschaftswachstum mehr Arbeitsplätze?.....	19
4.3. Schafft Wirtschaftswachstum mehr soziale Sicherheit?.....	20
4.4. Baut Wirtschaftswachstum die Staatsschulden ab?	21
4.5. Hilft Wirtschaftswachstum den Entwicklungsländern?.....	22
5. Gibt es für die Wirtschaft Wachstumsgrenzen?	23
5.1. Kann wirtschaftliches Wachstum unendlich sein?	23
5.2. Wann sind die Rohstoffe erschöpft?.....	23
5.3. Wann werden welche Ökosysteme unumkehrbar zerstört?.....	24
5.4. Wann werden große Teile der Menschheit verhungern?	27
6. Kann in Deutschland das Wachstum gestoppt werden?	29
6.1. Kann Verstaatlichung der Monopole Probleme lösen?	29
6.2. Kann eine Besteuerung von Rohstoffen und Energie den Verbrauch senken?.....	30
6.3. Kann die Bevölkerung zu weniger Verbrauch angehalten oder gezwungen werden?	30
6.4. Kann unter Beibehaltung des gegenwärtigen Lebensstandards umweltgerecht gelebt werden?.....	33
6.5. Können uns Wissenschaft und Technik retten?.....	35
6.6. Ratschläge zur nachhaltigen Lebensweise	37

7.	Kann Wirtschaftswachstum umweltverträglich gemacht werden?	38
7.1.	Welche Vorschläge gibt es?	38
7.2.	Können ganze umweltschädliche Industriezweige stillgelegt werden?	39
7.3.	Kann jede Produktion, die Mensch und Umwelt schädigt, verboten werden?	40
8.	Kann die kapitalistische Marktwirtschaft durch umwelt- und menschenfreundliche Maßnahmen verändert werden?	41
8.1.	Was kann die „freie Marktwirtschaft“ nicht sichern?	41
8.2.	Können in einer bürgerlichen Demokratie die gesellschaftlichen Verhältnisse umwelterhaltend verändert werden?	42
9.	Welche weltpolitischen und wirtschaftlichen Maßnahmen könnten das Überleben der Menschheit sichern?	46
9.1.	Energiegewinnung vollständig aus erneuerbaren Energien sichern	46
9.2.	Bevölkerungswachstum stoppen	47
9.3.	Umstellung der Ernährung in den Industriestaaten	48
9.4.	Produktionsprozesse entgiften	49
9.5.	Materialverbrauch um 80 % senken	50
10.	Fazit.....	54
11.	Linke Wachstumskonzepte	56
12.	Politischer Standpunkt der Ökoplattform zum Wirtschaftswachstum	60
12.1	Vorschlag der Ökologischen Plattform für ein Parteiprogramm der LINKEN zum Problem Wirtschaftswachstum.....	61
13.	Thesen zur Wachstumsfrage.....	63
	Literaturverzeichnis.....	68
Autor	72

Vorwort zur 1. Auflage

Wirtschaftswachstum ist in der „freiheitlich-demokratischen Ordnung“ für Politiker, Wirtschaftswissenschaftler und Unternehmer eine „heilige Kuh“. Wer Wirtschaftswachstum in Frage stellt, wird heftig attackiert, für nicht zurechnungsfähig gehalten, als Fortschrittsfeind verunglimpft oder totgeschwiegen. Dennoch ist allen Befürwortern des Wirtschaftswachstums klar, dass Wachstum mathematisch nicht unendlich sein kann. Es findet seine Grenzen außerdem an den endlichen Ressourcen dieser Welt, deren rentabel gewinnbarer Anteil bei fast allen Rohstoffen in 60 bis 80 Jahren erschöpft sein wird. Es findet seine Grenzen auch in der zum Teil irreversiblen Schädigung der Natur durch Schadstoffeintrag in die Luft, in das Trinkwasser, die Meere und den Boden. Örtlich führen diese Schädigungen bereits heute zu erschreckenden Zuständen, unter denen Menschen krank werden und nicht mehr leben können. Schuld an dieser Entwicklung ist das seit etwa 50 Jahren ungebremste progressive Wachstum der Wirtschaft unter neoliberalen kapitalistischen Bedingungen.

Erst im Chemnitzer Parteiprogramm 2003 hat sich die Linke mit der Problematik von Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum befasst. Als Ziel wurde die Einheit von sozialer, ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit bei Überwindung der Profitdominanz gestellt. Allerdings wurde auf die heutigen Konflikte zwischen Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit nicht eingegangen. Wirtschaftswachstum wurde als erstrebenswert und problemlösend angesehen. In den „Programmatischen Eckpunkten“ als Grundlage für die Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG wurde der „ökologische Umbau der Gesellschaft“ als Politikziel definiert. Die zukünftige Linke will für die Einheit von sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit streiten. Aber auch in den Eckpunkten wird der Konflikt zwischen Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum nicht angeschnitten.

Zur Belebung der Diskussion über Wirtschaftswachstum in der Partei und bei unseren Wählern hat die Ökologische Plattform eine Art Streitschrift veröffentlicht: „Wachsen oder Schrumpfen?“ (Tarantel Nr. 31, Ökologische Plattform 2005). In diesem Heft wird die Literatur der vergangenen 50 Jahre ausgewertet und gewichtet. Die Ökologische Plattform kommt zum Schluss, dass das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern gedrosselt und beendet werden muss. Das ist im Kapitalismus allerdings nicht möglich. Das dieser Gesellschaftsordnung immanente Profitstreben verhindert eine solche Wirtschaftsentwicklung. Ohne Wachstum kollabiert dieses System. Deshalb schlägt die Ökologische Plattform als gesellschaftliche Lösung den „Ökosozialismus“ vor, wie er von Saral Sarkar entworfen wurde.

Im der vorliegenden Broschüre soll nun vor allem für die breite Mitgliedschaft und interessierte Bürger das Thema Wirtschaftswachstum in einem Frage- und Antwortspiel nahegebracht und eigenständiges Denken angeregt werden. Wirtschaftswachstum im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit als politisches Problem muss Eingang in ein zukünftiges Parteiprogramm finden.

Wolfgang Methling

Stellvertretender Vorsitzender der Linkspartei.PDS

Vorwort zur 2. Auflage

Die 2. Auflage erscheint im Nachgang zu der von der Ökologischen Plattform organisierten Konferenz „Nachhaltige Schrumpfung der Wirtschaft bei einem sozial-ökologischen Umbau der Eigentumsverhältnisse und Produktivkräfte“ am 12. März 2011. Diese Konferenz stellt einen der Beiträge der Plattform zur Debatte um ein neues Parteiprogramm dar. Da es bezüglich der ökologischen Themenstellung dabei vor allem darum geht, die von vielen Parteimitgliedern immer noch mitgetragenen Auffassungen vom Wirtschaftswachstum, so wie sie im Wesentlichen der Keynesianismus vertritt, kritisch zu hinterfragen, und die 1. Auflage vergriffen ist, wollen wir die Gelegenheit nutzen, unseren Standpunkt dazu breit in der LINKEN zu streuen.

In dieser Auflage wurden zusätzlich die während der Programmdebatte von der Ökologischen Plattform herausgearbeiteten Thesen zum Wachstum aufgenommen. Einige Literaturangaben wurden ergänzt.

Möge auch diese zweite Auflage in der LINKEN zum besseren Verständnis der ökologischen Probleme beitragen, dann wäre das Papier nicht umsonst beschrieben.

Die Redaktion

1. Warum sollte sich heute jede/r mit Wirtschaftswachstum befassen?

Zunächst einmal, weil Wirtschaftswachstum den meisten Menschen in den Industrieländern in ihrem Leben nicht mehr nur Vorteile bringt, sondern zunehmend Nachteile. Das war nicht immer so. Aber spätestens nach dem 2. Weltkrieg hat das Wirtschaftswachstum derart stark zugenommen, dass die negativen Auswirkungen dieses Wachstums nicht nur in den Ländern mit hoher Industrialisierung, sondern auch in Ländern auftreten, die Rohstoffe in die Industrieländer liefern.

Die negativen Auswirkungen der wachsenden industriellen Massenproduktion betreffen heute bereits jeden einzelnen Menschen in der Welt. Der hohe Kohlendioxidausstoß der Industrieländer verteilt sich über Luftströmungen in der ganzen Welt und verändert das Klima über den durch den Menschen verursachten Treibhauseffekt. In Europa markierte Kohlendioxidatome sind in Fernost wiedergefunden worden. Also auch Menschen, die keine Schuld an der Veränderung des Klimas tragen, sind betroffen: durch Taifune, Tornados, Überschwemmungen, Springfluten. Die in der Produktion anfallenden Giftstoffe der Industrieländer werden zunehmend in die ehemaligen Kolonien geschafft und dort oft illegal entsorgt. Häufig werden Produktionen, in deren Fabrikationsprozess Giftstoffe entstehen, von den Industrieländern ins Ausland verlagert, weil dort weniger scharfe oder gar keine Umweltgesetze die Schadstoffentsorgung behindern. Nach und nach wird so die Umwelt vergiftet, die Biotope in der Natur werden überfüllt, die Ökokreisläufe können die Fremdstoffe nicht mehr „verdauen“ und kollabieren. Jeden Tag kann man in der Presse derartige Hiobsbotschaften lesen: Ein Gewässer ist „umgekippt“ und Fische sind verendet, ein Fluss soll mit Kalisalzen angereichert werden, Trinkwassereinzugsgebiete sind vergiftet worden usw.

Wirtschaftswachstum wird auch in der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft angestrebt. Steigende Erträge werden durch mehr Mineraldüngergaben und mehr Verluste reduzierende Pestizide erreicht. Täglich können wir in den Nachrichtenblättern lesen, dass dadurch das Grundwasser, unser Trinkwasser, schon für Babys ungenießbar ist und ein hoher Nitratgehalt auch für Erwachsene schädlich ist. Obst und Gemüse sind mit mehr Pestiziden befrachtet als amtlich zugelassen. Hier beeinträchtigt das Wachstum der Agrarproduktion die Gesundheit jedes Bürgers, es sei denn, er weicht auf Bioprodukte aus.

Bedrohlich wird für die Menschheit auch das progressive Anwachsen der Weltbevölkerung und der berechnete Anspruch, dass jede Nation den Lebensstandard der entwickelten Länder erreichen will. Dadurch wird die Produktion von Industriegütern weiter angekurbelt, und die negativen Auswirkun-

gen der Industrieproduktion werden weltweit verschärft. Wirtschaftswachstum löst die Probleme nicht, sondern wird selbst zum Hauptproblem, das gelöst werden muss.

Vielen Menschen wird vorgegaukelt, dass man Wirtschaftswachstum ja auch „ökologisch“ schaffen kann, ohne die Natur zu beeinträchtigen und ohne Giftstoffe aus der Produktion zu entlassen. Insbesondere von den „Grünen“ wurde und wird dieser Standpunkt vertreten. Vielleicht ist das beim heutigen Stand der Produktivkräfte und der Wissenschaft technisch machbar. Allein, die gesellschaftlichen Verhältnisse des neoliberalen Kapitalismus verhindern dies.

Jeder Mensch sollte sich also über die Problematik des Wirtschaftswachstums informieren, sich damit auseinandersetzen und sich eine Meinung bilden. Dieses Ziel verfolgt die vorliegende Broschüre.

Nun wurde zum Problem Wirtschaftswachstum schon viel veröffentlicht: dafür und dagegen. Diese Literatur wurde ausgewertet und benutzt, so dass ein Überblick zu Pro und Kontra zum Wirtschaftswachstum die Meinungsbildung unterstützt.

Standpunkt und Wertvorstellungen des Autors ergeben sich aus dem „Ökosozialismus“, dargelegt in der Vierteljahresschrift der Ökologischen Plattform „Tarantel“ in Nr. 25 (Sarkar, S.; Kern, B. 2004: „Ökosozialismus oder Barbarei“) und 34 (Ökologische Plattform, 2006: „Ökosozialistisches Manifest“).

2. Welcher Unterschied besteht zwischen natürlichem und wirtschaftlichem Wachstum?

2.1. Wachsen und Sterben in der Natur

Für die meisten Menschen ist Wachstum zunächst etwas sehr Positives. Wir sehen unsere Kinder wachsen und freuen uns über ihre Fortschritte. Wenn wir einen Garten haben, dann ist säen, keimen, heranwachsen, Früchte tragen und abgestorbene Pflanzenreste auf den Kompost bringen ein jährlich wiederkehrender Ablauf, den wir nicht nur wegen der Ernte positiv sehen, sondern auch, weil wir uns als Bestandteil der Natur mit ihr im Einklang fühlen.

Alte Volksweisheit: „Bäume wachsen nicht in den Himmel“. Die Natur kennt Wachstumsgrenzen. Wachstum schließt Absterben ein. Das ist ein Naturgesetz. Ungebremstes exponentiell zunehmendes Wachstum ist in der Natur in der Regel mit Zerstörungen verbunden. Die ungehemmte Krebszellenvermehrung führt zum Beispiel zum Absterben des menschlichen Körpers. Exponentielles Wachstum, wo aus einer Zelle durch Teilung erst langsam 2, dann 4, 8, 16, 32, 64, aber dann schnell zunehmend 128, 256, 512, 1024 usw. entstehen, ist in der Natur bei Krankheiten zu beobachten und führt letztlich zum Absterben des Wirtes und damit zum Stillstand des Wachstums.

Wird die positive Einstellung zum Wachstum auf die Ausbeutung der Natur übertragen, dann kommt es zum Zusammenbruch von Ökosystemen. In den letzten 50 Jahren hat sich die Weltfischfangflotte verzehnfacht. Die Fangmenge wuchs jährlich, und der Fischreichtum in den Ozeanen schien unendlich. Aber seit 1990 sinken die angelandeten Fischerträge. Die Ozeane wurden überfischt. Es wuchsen nicht mehr so viel Fische nach, wie gefangen wurden. Da in einer ungebremsten neoliberalen, kapitalistischen Marktwirtschaft der Einzelunternehmer sich davon wenig beeindruckt zeigt, werden die Fischressourcen weiter, auch illegal, ausgebeutet. Die Folge war, dass der Heringsfang vor der kanadischen Küste eingestellt werden musste. An diesem Beispiel wird deutlich, dass die biologischen Ressourcen der Erde endlich sind. Das gilt nicht nur für die biologischen, sondern auch für die mineralogischen Bestände dieser Erde. Diese Zusammenhänge erkennen zwar Umweltorganisationen und auch Umweltministerien, allein die gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus sind nicht so, dass die Regierungen der ungebremsten Ausbeutung dieser Erde durch die Unternehmer Einhalt gebieten können. Wir steuern also ungebremst auf das Ende der Bewohnbarkeit dieser Erde zu. Die Klimaveränderungen sind die ersten Vorboten.

Viele Menschen glauben, dass man durch wissenschaftlichen Fortschritt die Naturgesetze überlisten kann. Zum Beispiel sollen genmanipulierte Pflanzen

Ertragsverluste durch Schädlinge verhindern. Bei Genmais soll die Pflanze durch ein Gift den Maiszünsler töten, der erhebliche Ertragsverluste insbesondere bei Monokultur verursacht. Aber hier wurde etwas im Labor entwickelt, das die Mechanismen der Natur ignorierte. In den Maiszünslerpopulationen gab es immer wieder Käfer, die gegen das Fraßgift unempfindlich waren und diese Eigenschaft an ihre Nachkommen weitergaben. Nun wirkte das genmanipulierte Fraßgift nicht mehr, und es mussten zusätzlich Insektizide versprüht werden. Die Natur kann eben nicht überlistet werden, und man muss sich den Naturgesetzen anpassen. Lebewesen passen sich veränderten Bedingungen an, wenn diese nicht zu schnell erfolgen. Wenn durch die menschengemachte Klimaerwärmung die Wuchsgrenzen der Baumarten nach Norden verschoben werden, dann sind Wissenschaftler der Meinung, dass die Bäume nicht so schnell folgen können und im dann wärmeren Klima eingehen werden.

Der Mensch muss begreifen, dass er Bestandteil der Natur ist und aus dieser nicht ausbrechen kann. Die Natur lässt sich durch immer höheren Verbrauch ihrer Ressourcen nicht beliebig ausbeuten und wird uns die Grenzen möglicher Belastung auf vielen Gebieten sehr bald zeigen. Stellt sich der Mensch auf diese Naturbedingungen nicht ein, so wird die Existenz der Art Homo sapiens in Frage gestellt.

2.2. Was ist Wirtschaftswachstum?

Gablers Wirtschaftslexikon definiert Wachstum als „Zunahme der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft“, ausgedrückt als „Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktion bzw. des gesamtwirtschaftlichen Einkommens“. Wirtschaftswachstum kann sowohl durch eine verbesserte Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten durch vermehrten Einsatz der Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital, Boden) erfolgen und wird dann als Auslastungseffekt bezeichnet als auch durch eine Ausweitung der Produktionskapazitäten (Kapazitätseffekt).

Gemessen wird Wirtschaftswachstum durch das Bruttosozialprodukt (BSP), das Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder das Volkseinkommen. Wertmaßstab ist in Europa der EURO. Das BIP spiegelt also nur die marktvermittelte, über Geld koordinierte Ökonomie wieder. Als Grundlage für Nachhaltigkeitsüberlegungen oder als Wohlstandsmaßstab ist das BIP ungeeignet.

Nun gibt es von verschiedenen Seiten Kritik an diesem Maßstab. Das Sozialprodukt drückt nicht das „Gemeinwohl“ in seiner Differenzierung über die Bevölkerungsgruppen aus, und es ist kein Maßstab für die Bedürfnisbefriedigung. Außerdem würden lange nicht alle in einer Volkswirtschaft erbrachten Leistungen erfasst, wie z. B. die Hausarbeit, Leistungen der Heimwerker und

Nachbarschaftshilfe, die Schwarzarbeit usw., eben alles, was auf den offiziellen Märkten nicht verkauft wird, das sind immerhin $\frac{2}{3}$ der wirtschaftlichen Gesamtleistung. Auch wird kritisiert, dass die qualitativen Seiten der Entwicklung der Volkswirtschaft nicht zum Ausdruck kämen. Ebenso würde die zunehmende Beeinträchtigung unserer Umwelt durch Ressourcenentnahme und Schadstoffemissionen durch diesen Maßstab nicht berücksichtigt. Alle diese Einwände sind gerechtfertigt, allein es fehlt ein anderer einheitlicher Maßstab, um diese Kriterien zu messen. Vom Wuppertal-Institut wurde vorgeschlagen, ein „Ökologisches BIP“ zu wählen, mit dem man den Material- und Energiedurchsatz einer Wirtschaft feststellen kann. Aber auch diese Kennziffer kann nicht das „gute Leben“, das „Wachstum der Lebensqualität“ messen.

Deshalb und weil das Kapital keine anderen Wertmaßstäbe der vorgeschlagenen Art (wie z. B. den „Index of Sustainable Welfare“ ISEW oder den „Human Development Index“ HDI) anerkennt, wurde bis heute an der Summe der auf dem Markt verkauften Produkte, gemessen im Geldwert, als Ausdruck des Wirtschaftswachstums festgehalten.

2.3. Welche Wachstumstheorien gibt es?

Den wachsenden Schwierigkeiten, die das kapitalistische System zu bewältigen hatte, und der wachsenden Kritik an den kapitalistischen Zuständen mussten die Verfechter des Kapitalismus sich auch mit ihren Theorien anpassen.

Die „ökonomische Wachstumstheorie“ nimmt die wachsenden Probleme nicht zur Kenntnis und vertritt die Auffassung, dass ein Wachstum der materiellen Produktion prinzipiell unbegrenzt möglich sei. Die ökologischen Grenzen der Rohstoffverknappung, die man zur Kenntnis nahm, wären auf Dauer weder störend noch zerstörerisch. Es wird auf einen schnellen technischen Fortschritt vertraut. Der Glaube ist weit verbreitet, dass man mit intelligenten technischen Lösungen jedes Problem lösen könne. Ohne Wachstum wären ja auch keine Investitionen für die Umwelt möglich und auch keine Hilfe für die 3. Welt, sind die vorgeschobenen Argumente zur Verschleierung der fortschreitenden Ausbeutung und Profitmaximierung. Diese Theorie wird von den Wirtschaftsvertretern, der Regierung und auch von fast allen Parteien und selbst Gewerkschaftsvertretern anerkannt.

Als Feigenblatt für ihr wirtschaftspolitisches Programm haben fast alle Parteien das „qualitative Wachstum“ in ihr Programm aufgenommen. Ernsthaftige Absichten, diese Versprechungen zu realisieren, bestehen aber nicht. Nach dieser Theorie wäre die Art und Zusammensetzung der Wirtschaftsgüter entscheidend für die Lösung der Umweltprobleme. Es dürften keine umwelt-

schädigenden Produkte mehr hergestellt werden. Auf bestimmten Produktionsgebieten sei eine Wachstumsbremsung vonnöten, wie z. B. beim Energieverbrauch. Der „noch mögliche Zuwachs“ müsste gerecht auf Löhne und Gewinne verteilt werden. Wachstum dürfe aber in der 3. Welt erfolgen, weil diese Staaten ja noch einiges aufzuholen hätten. Vertreter derartiger Theorien sind grüne und rote Parteien, die ihre besorgten Mitglieder und Wähler beruhigen wollen. Sind sie an der Regierung, dann wird Wirtschaftswachstum im eigenen Land wieder erklärtes Politikziel.

Die „ökologische Wachstumstheorie“ fordert zumindest ein „Null-Wachstum“, einen Stopp der materiellen Produktion bzw. ein Schrumpfen der Produktion. Die absoluten naturgegebenen Wachstumsgrenzen dürften nicht überschritten werden. Ziel muss der Übergang zu einer stationären, auf Dauer umweltkonformen Wirtschaft bei niedrigem Produktionsausstoß sein. Dabei muss die privatwirtschaftliche Orientierung auf geringe Kapitalrentabilität zurückgedrängt werden. Sinken aber die Gewinne, was die Theoretiker dieser Richtung selten ansprechen, dann wird die „Systemfrage“ gestellt, denn Stagnation ist mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem unvereinbar.

Managementregeln zur Erhaltung des Ressourcenbestandes wurden von A. Fischer (1999) zusammengestellt: Die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen darf deren Regenerationsrate nicht überschreiten - das bedeutet den sofortigen Stopp der Nutzung fossiler Energieträger und des weltweiten Raubbaus am Wald; Stoffeinträge in die Umwelt dürfen sich nur an der Belastbarkeit der Umweltmedien Wasser, Luft, Boden usw. orientieren. Auch der Ressourcenverbrauch muss ins Verhältnis zur natürlichen Aufnahmekapazität gesetzt werden - das bedeutet die Stilllegung ganzer Chemieindustriestrukturen; bei erschöpflichen Ressourcen muss ein physisch gleichwertiger Ersatz in Form erneuerbarer Ressourcen geschaffen werden oder eine höhere Produktivität nicht erneuerbarer Ressourcen erreicht werden; das Zeitmaß der anthropogenen Einträge und Eingriffe in die Umwelt muss in einem ausgewogenen Verhältnis zum Zeitmaß des Reaktionsvermögens der relevanten natürlichen Prozesse stehen.

Würden diese Vorschläge von den kapitalistischen Unternehmen in die Praxis umgesetzt, dann wären wir schon ein großes Stück weiter in der Erhaltung der Natur. Allein, der kapitalistische Unternehmer kann sich eine Anwendung dieser Regeln nicht leisten. Er würde im weltweiten Konkurrenzkampf untergehen, weil sich die andern Marktpartner (vor allem in den USA) nicht daran halten. Das geht nur bei weltweiten gesetzlich verankerten Marktregeln. Diese sind in der neoliberalen Welt nicht durchsetzbar, obwohl grundsätzlich „eine andere Welt möglich“ ist, wie ATTAC verkündet.

3. Warum braucht Kapital Wirtschaftswachstum?

3.1. Brauchen Unternehmer Wirtschaftswachstum?

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts ist die Weltindustrieproduktion um mehr als das 50-fache angewachsen. Eine ungeheure und ungeheuerliche Entwicklung, wenn man bedenkt, dass 80 % dieser Steigerung in der Zeit von 1950 bis 1990 erzielt wurde (Hauff 1987, Loske, R. 1997). Alle gesellschaftlich entscheidenden Gruppen, die Parteien, die Gewerkschaften und die Regierung, bejubelten dieses schnelle Wachstum und erhoben es zum Dogma der Wirtschaftspolitik. Man glaubte fest daran, dass, solange die Wirtschaft wächst, sich alle sozialen und wirtschaftlichen Probleme von der Politik lösen lassen.

Kommen Unternehmen und Aktienbesitzer auch ohne Wachstum aus? J. Priewe meinte 2004 zu dieser Frage: „Eine Marktwirtschaft beruht auf dem ständigen Einsatz und der Vermehrung von Kapital, deren Eigner Gewinnmaximierer sind, und zwar unter Wettbewerbsbedingungen. Wettbewerb zwingt die Unternehmen bei Strafe des Konkurses dazu.“ Und Marx sagte: „Die Profitrate ist der Stachel der kapitalistischen Produktion.“ Robert Havemann hat die Marxsche Theorie wie folgt interpretiert (Havemann, R. 1982): Der aus den Gesetzen des Kapitalismus hervorgehende Zwang zu ständigem Wachstum bei Strafe des Untergangs hat bewirkt, dass der Kapitalismus alle aus den Gesetzen der Natur sich ergebenden technologischen Möglichkeiten von Stufe zu Stufe steigend entwickelt hat, weil er nur durch ständig steigende Produktivität der Arbeit, also mit Hilfe des technischen Fortschritts, dieses Wachstum realisieren und der ihn ständig verfolgenden Stabilitätskrise gerade noch entgehen konnte. Bei Wachstumsstillstand würden nach dem Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate die Profite schnell dahinschwinden und könnten nur durch eine totalitäre Zwangsherrschaft aufrechterhalten werden.

Karathanassis stellt fest (Karathanassis, A. 2003): „Aus der Widersprüchlichkeit zwischen den nahezu unendlichen Möglichkeiten des Geldes, d. h. den gesamten stofflichen Reichtum bekommen zu können, und seiner praktisch quantitativen Begrenztheit folgt das grenzenlose Bestreben nach unendlicher Geldvermehrung.“ Kapital muss immer wieder von neuem in die Zirkulation geworfen werden, um mehr Kapital zu erhalten. Marx sagt dazu (MEW 23, S. 167): „Die Zirkulation des Geldes als Kapital ist daher Selbstzweck, denn die Verwertung des Wertes existiert nur innerhalb dieser stets erneuerten Bewegung. Die Bewegung des Kapitals ist daher maßlos.“

Mit diesen Zitaten soll deutlich werden, dass Wachstum dem kapitalistischen System immanent und für den Fortbestand dieses Gesellschaftssystems unentbehrlich ist.

Der Nachteil dieses Wachstums ist, dass die betriebliche Rentabilität, und nur um die geht es im kapitalistischen System, jede ökologische Rücksicht und Vorsicht außer Acht lässt, so als würde die Natur sich ewig ausbeuten lassen. Die einzelnen Unternehmen verursachen die Umweltprobleme und Umweltschäden. Von den einzelnen Betrieben und den Konzernen wären also Innovationen zu verlangen, um ein nachhaltiges Wirtschaften zu ermöglichen. Nachhaltigkeit würde aber den Profit schmälern und wird deshalb von den Unternehmern als Produktionsfaktor nicht anerkannt und im Produktionsprozess nicht berücksichtigt.

3.2. Ist Bedürfnisbefriedigung Ziel des Wachstums?

Schon Aristoteles (384 – 322 v. u. Z.) unterschied zwischen „Chresmatistik“, der „Kunst ... Geld zu machen“ und der „Ökonomik“ im Sinne von „Erwerbskunst“ mit dem Ziel der „Verschaffung der zum Leben und für das Haus oder den Staat nützlichen Güter“. Für die „Chresmatistik“ scheine „keine Grenze des Reichtums und des Besitzes zu existieren“. Aristoteles erkannte auch schon den Grundirrtum moderner Ökonomen: „Die Verwechslung beider Formen (Chresmatistik und Ökonomik), die ineinander überspielen, veranlasst einige, die Erhaltung und die Vermehrung des Geldes ins Unendliche als Endziel der Ökonomik zu betrachten.“ Schon damals hatte offensichtlich die wertorientierte Chresmatistik die von den Bedürfnissen ausgehende Ökonomik vereinnahmt.

Heute wird kein Hehl mehr daraus gemacht, dass das Ziel der kapitalistischen Produktion der Profit und nicht die Bedürfnisbefriedigung ist. Stoffe sind nur das Vehikel für den Wert. Waren müssen nicht unbedingt ein Lebensbedürfnis stillen, sondern sie müssen verkauft werden und erhalten deshalb eine Gestalt, die den Käufer anlockt, und ein Bedürfnis für die angebotenen Waren wird über die Werbung künstlich geweckt. Aber Stoffe als Grundlage der kapitalistischen Produktion sind endlich, werden immer teurer und seltener. Dadurch stößt der kapitalistische Reproduktionsprozess an natürliche Grenzen, die er nicht überwinden kann.

Die Wertgestalt des Kapitals benötigt immer eine stoffliche Entsprechung, d. h. eine naturrelevante Entsprechung. Zur Dauerhaftigkeit der Kapitalverwertung müsste auch die stoffliche Natur unendlich und unbegrenzt sein. Aber „das geschlossene System von fossilen Energieträgern und Materie, welche zur Gebrauchswertproduktion notwendig sind, widerspricht so auch dem gesetzten offenen System der Kapitalzirkulation. Die natürliche Begrenztheit der Stoffe und die Grenzen der schadstofflichen Belastbarkeit der Natur müssen demnach – der kapitalistischen Logik folgend – irgendwann notwendig überschritten werden, was bedeutet, das qualitative Wesen der

Natur zu ignorieren“ (Karathanassis, A. 2003). Das heißt nichts anderes, als dass der Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Wert sich im Konflikt und Gegensatz von Ökologie und kapitalistischer Ökonomie entfaltet.

Da der Profit das primäre Ziel des kapitalistischen Produktionsprozesses ist, findet die Gebrauchswertproduktion immer unter dem Primat der Kapitalverwertung statt. „Naturzerstörung ist also nicht die Gebrauchswertproduktion an sich, sondern die Kopplung dieser mit den Zielen des Verwertungsprozesses“ (Karathanassis, A. 2003). Und Marx bringt es auf den Punkt, indem er feststellt, dass das Kapital und seine Selbstverwertung der Ausgangspunkt und Endpunkt, der Motor und Zweck der Produktion sind. Selbst viele „bürgerliche“ Wissenschaftler, unter ihnen Simonis (Simonis, U. E., 1980), kamen zur Erkenntnis, dass aus Gründen der betrieblichen Rentabilität Maßnahmen unterlassen werden und Entscheidungen vermieden werden, die aus ökologischer Rück- und Vorsicht erforderlich wären. Dadurch wäre die Wachstumsgesellschaft in die Falle eines wirtschaftspolitischen Konzepts geraten, das inzwischen kontraproduktiv wirkt. Auch andere Autoren (Binswanger, H. C.; Geissberger, W.; Ginsburg, T. 1978) kamen zur Auffassung, dass „in der bisherigen Wachstumsgesellschaft die Aufgabe, die natürliche Umwelt zu erhalten, nicht gewährleistet ist“.

In den Wirtschaftssystemen des „realen“ Sozialismus, in denen der Profit als wesentliche Triebkraft der Produktion weggefallen war, führte das Ziel der „immer besseren Befriedigung der stetig wachsenden Bedürfnisse“ und der Zwang, mit den kapitalistischen Industrieländern Schritt halten zu müssen, ebenfalls zu einem Wachstumszwang, der zur Ausbeutung der endlichen Ressourcen und zur Naturzerstörung führte. Wirtschaftswachstum darf in einer sozialistischen Gesellschaft nicht Ziel sein. Auch Nullwachstum reicht nicht aus. In den Industriestaaten muss die Produktion zurückgefahren werden. Das Wecken von unsinnigen und immer neuen „Bedürfnissen“ durch die Werbung und der suggerierte Kaufzwang müssen als erstes sofort wegfallen. Werbung muss verboten werden.

3.3. Ist Wirtschaftswachstum in Deutschland Staatsziel?

Wirtschaftswachstum ist in der Bundesrepublik seit 1967 ein politisches Ziel, das in einem „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ (StWG) verankert worden ist. In diesem Gesetz wird von wirtschaftspolitischen Maßnahmen gefordert, „... dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsgrad und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum beitragen“. Alles Ziele, die die Regierungspolitik seitdem nicht erreicht hat.

Der Staat soll dafür eine Wettbewerbsordnung schaffen, die mit Anreizen und Druck auf die Unternehmen zu Innovationen und neuen Produkten und Verfahren führt. Die dafür notwendigen Investitionen sollen vom Staat unterstützt werden, damit das jeweilige Unternehmen im Konkurrenzkampf bestehen kann. Auf diesem Gebiet der Staatspolitik gibt es gewisse Erfolge.

Vom Wirtschaftswachstum erwartet die politische Klasse, das sind alle Politiker, die den Kapitalismus erhalten wollen, die Lösung aller politischen Probleme. Das gilt es zu untersuchen.

4. Welche Vorzüge werden dem Wirtschaftswachstum angedichtet?

4.1. Bringt Wirtschaftswachstum mehr Wohlstand?

Als Wohlstandsindikator wird in der Wirtschaftswissenschaft das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Geldwert verwendet. Dieser Maßstab spiegelt aber nur das Niveau der Güter- und Dienstleistungsproduktion im Wertmaßstab, die Wirtschaftsaktivität, wieder. Sie sagt nichts aus über die Verteilung der Güter und Dienstleistungen in den Schichten der Bevölkerung. Richtig ist zwar, dass steigendes Wachstum die Verteilungsmasse insgesamt vermehrt, aber wer im Kampf um die Anteile wie viel bekommt, wird nicht ausgesagt. Dass der Wohlstand ungleich verteilt ist, darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheiten. Wohl aber darüber, ob die Verteilung gerecht ist.

Als Maßstab, wie viel die „abhängig Beschäftigten“ (dazu zählen statistisch auch Manager mit ihren Spitzengehältern) vom Volkseinkommen abbekommen, wurde die Lohnquote eingeführt. Ab 1982 ist die Lohnquote gesunken. Das erfolgte trotz Sinken des Anteils der Selbständigen von 1950 mit 25 % auf nur noch 10 % im Jahre 1994. Im Kampf um die Anteile am Sozialprodukt haben immer die Unternehmer gesiegt, die ihren Anteil ständig erhöhen konnten. Durch Wirtschaftswachstum wurden und werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer. Constanza und Cumberland haben 2001 in ihrem Buch „Einführung in die ökologische Ökonomik“ (Eser, T. W.; Schwaab, J. A.; Seidl, I.; Stewen, M. 2001) nachgewiesen, dass in den letzten 20 Jahren der „wirtschaftliche Wohlstand“ gesunken ist, obwohl das BIP gestiegen ist.

4.2. Schafft Wirtschaftswachstum mehr Arbeitsplätze?

Insbesondere wegen der hohen Besteuerung des Produktionsfaktors Arbeit wurde in den letzten 40 Jahren die Arbeitsproduktivität in den Betrieben um 260 % gesteigert. Die Materialeffizienz stieg nur um 50 bis 70 %. Die Anzahl der arbeitenden Menschen geht ständig zurück. Die rasch fortschreitende technologische Rationalisierung ist die Hauptursache. Die qualifizierte Präzisionsarbeit wurde von Robotern übernommen, Büroarbeit im Banken- und Versicherungswesen wurde durch vernetzte EDV-Systeme reduziert, und Wissenschaft und Forschung bringen es jetzt zustande, dass auch das Füttern von Maschinen und Robotern von Hand durch eine neue Generation von Robotern überflüssig wird. Darauf hat der Ökonom Robert Kurz hingewiesen. K. Blessing war 2003 der Meinung (Blessing, K. 2003), dass „Wirtschaftswachstum in Zeiten der immer fortschreitenden Automatisierung im Prinzip kein zusätzliches Arbeitsvermögen benötigt. Deshalb wird das volkswirt-

schaftlich notwendige Arbeitsvermögen weiter sinken“. Die deutsche Industrie (verarbeitendes Gewerbe) hat die Anzahl der Beschäftigten von 1991 = 100 % bis zum Jahr 2006 auf 63,5 % gesenkt und dabei gleichzeitig den Umsatz von 1991 = 100 % im Jahre 2006 auf 151,6 % gesteigert (Statistisches Bundesamt). Die Lohnstückkosten sind in Deutschland von 1995 bis 2006 um 4,9 % gesunken, mehr als im Durchschnitt der EU mit 3,1 % (Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission).

Das kann aber für das Kapital gefährlich werden, wenn das „Prekariat“ zu groß wird, wie das Vorstandsmitglied bei BMW Dr. W. Reitzle auf dem 2. Jahreskolloquium der Alfred-Herrenhausen-Gesellschaft 1994 einschätzte: „Ab irgendeiner Zahl von Arbeitslosen wird es zu sozialen Unruhen, zu riesigen Problemen kommen. Das ist das Kernthema, was uns alle bewegt: wie das zu vermeiden ist.“ Der „soziale Friede“ darf nicht gestört werden, sonst verschlechtern sich die Verwertungsbedingungen des Kapitals. Aber nach K. Blessing kann das Kapital diese Probleme nicht lösen: „Das kapitalistische System ist nicht in der Lage, die gesellschaftliche Entwicklung in solche Bahnen zu lenken, dass alle Menschen an der Arbeit teilhaben.“ Selbst Unternehmen mit hohem Wachstum und hohen Gewinnen schaffen keine zusätzlichen Arbeitsplätze, sondern trennen sich rücksichtslos von ihren MitarbeiterInnen. Trotz geringen Wachstums ist die Arbeitslosigkeit im letzten Jahrzehnt besonders schnell gestiegen. 65 % der Beschäftigten glauben nicht daran, dass Wirtschaftswachstum mehr Arbeitsplätze bringt (Emnid 2005). Eine geschönte Arbeitslosenstatistik kann das auch nicht mehr verbergen.

Die Zeiten, wo Wirtschaftswachstum mehr Arbeitsplätze schuf, sind lange vorbei. Die wissenschaftlich-technische Revolution und die Rationalisierung waren schneller und haben vermehrt Arbeitsplätze überflüssig gemacht. Da hilft auch kein Wirtschaftswachstum.

4.3. Schafft Wirtschaftswachstum mehr soziale Sicherheit?

Es wird immer wieder behauptet, dass die Sozialausgaben vom „Reichtum der Nation“ nicht mehr finanziert werden können. Nur Wirtschaftswachstum könne das ändern. Aber der Anteil der Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt ist in den letzten 25 Jahren nicht gestiegen. Allerdings ist das Masseneinkommen (nach Ludwig Erhard die Summe aus Nettolöhnen und Sozialleistungen) im Verhältnis zur wirtschaftlichen Entwicklung kontinuierlich und extrem gesunken. „Unser System der sozialen Sicherung, ja, auch fast die gesamte Sozialgesetzgebung, sind auf einer wachsenden Wirtschaft aufgebaut und bei andauernder Stagnation in der bisherigen Form nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten zu finanzieren“, stellte H. Ehrenburg schon 1978 fest. Andererseits meinte Blessing (Blessing, K. 2003): „Der Kuchen wird immer

größer, doch das Stück, welches für die Mehrheit der Menschen, ob arbeitend oder nicht, davon abgegeben wird, wird immer kleiner.“ Das Gefälle zwischen Arm und Reich nimmt ständig zu. Die ungleiche Verteilung des Reichtums zeigt sich darin, dass 30 % der Deutschen über 90 % des Vermögens verfügen. Eine Ursache ist die ungleiche Verteilung der Steuerlast. Die Abgabenlast ist zu 90 % auf Arbeit und Verbrauch (MWSt) und nur zu 10 % auf Unternehmen und Vermögen konzentriert. Die Regierung ist in ihrer Steuergesetzgebung bemüht, die Unternehmen weiter zu entlasten. Viele Konzerne zahlen gar keine Steuern mehr, erhalten aber über Investitionszuschüsse und Forschungsmittel zusätzlich Staatsmittel. Würden in Deutschland die Gewinne und Vermögen wie im EU-Durchschnitt besteuert, dann würden 110 Mrd. € Mehreinnahmen in die Staatskasse fließen (Grözinger 2007).

Besteuert werden also Arbeit und Konsum, und wenn beide geringer werden, dann sinkt auch das Steueraufkommen, und dann können die Sozialsysteme nicht mehr finanziert werden. Die Regierung sieht nur den Ausweg, den Vermögenden weitere Steuergeschenke zu machen, in der Hoffnung, sie würden investieren, die Wirtschaft ankurbeln und Arbeiter einstellen. Wie die letzten Jahre beweisen, ist das ein Trugschluss. Dagegen müssten Steuern vermehrt von den Reichen erhoben werden, auf Gewinne, Vermögen und Luxusgüter. Dann wäre auch genug Geld in der Staatskasse, um die Sozialsysteme und die Arbeitslosen zu finanzieren. Nur durch Umverteilung des Reichtums der Nation kann auch bei stagnierender oder rezessiver Wirtschaft die soziale Sicherung gewährleistet werden. Mangelndes Wirtschaftswachstum als Ursache anzuführen, ist ein vorgeschobenes Argument ohne Stichhaltigkeit.

4.4. Baut Wirtschaftswachstum die Staatsschulden ab?

Die Regierung sitzt mit ihrer Steuergesetzgebung in der Falle. Dieser ganze Politik-Mechanismus hat mit Wirtschaftswachstum nichts zu tun. Er wird auch bei stagnierender oder rückläufiger Wirtschaft durchgesetzt.

Die Staatsverschuldung nimmt bei dieser Steuerpolitik zu, seit Mitte der 70er Jahre progressiv. Die Verschuldung je Bürger in den „blühenden“ Ländern der BRD betrug zum Ende der Regierungszeit von Kohl 28 200 DM und in der „maroden“ DDR nur 7 400 M. Dabei muss berücksichtigt werden, dass im Staatshaushalt der DDR die gesamte Wirtschaft enthalten war!

Wirtschaftswachstum würde auch deshalb nicht mehr Gelder in die Staatskasse spülen, weil durch schnell fortschreitende Rationalisierung und Automatisierung Arbeitsplätze weiterhin abgebaut werden und damit die wirtschaftliche Grundlage des Steueraufkommens, das ja zu 90 % von den Arbeitsplätzen abgesaugt wird, immer kleiner wird.

4.5. Hilft Wirtschaftswachstum den Entwicklungsländern?

Zweierlei wird behauptet: Wirtschaftswachstum ist für die Entwicklungsländer notwendig, damit sie auf das Wohlstandsniveau der Industrieländer kommen, und Wirtschaftswachstum in den Industrieländern ist notwendig, um den Entwicklungsländern technologische und humanitäre Hilfe leisten zu können.

Die UNO hat zum Wirtschaftswachstum in den 50 ärmsten Ländern der Welt (davon 34 in Afrika und 14 in Asien) Bilanz gezogen. Diese Länder konnten als Gruppe ein Wachstum von 6 % verzeichnen. Ein Wachstum, das in den Industrieländern schon lange nicht mehr erreicht wird. Gleichzeitig mit diesem Wirtschaftswachstum stiegen aber die Schulden der Entwicklungsländer um 14 % und konnten nicht, wie erwartet, abgebaut werden. Der Wohlstand der Masse der Bürger stieg nicht, sondern fiel. Nur einer kleinen Oberschicht ging es wesentlich besser.

Zwischen Wirtschaftswachstum in den Industrieländern und den gewährten Entwicklungshilfen gibt es keinen Zusammenhang. In allen großen Industrieländern der Welt ist die sogenannte Entwicklungshilfe für die Entwicklungsländer gering. Die UNO hat seit langem einen Mindestanteil am Bruttonationalprodukt von 0,7 % für Entwicklungshilfe gefordert. Die großen Industriestaaten erreichen dieses Ziel nicht. Das reichste Land, die USA, geben 0,12 % und liegen weltweit auf dem letzten Platz, Deutschland 0,27 % Großbritannien 0,30 %, Frankreich 0,36 %. Nur die nordeuropäischen Länder und die Niederlande liegen über dem UNO-Zielwert.

Die Entwicklungshilfe ist im Allgemeinen an die Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen gebunden, die in den Geberländern gekauft werden müssen. Etwa 80 % der Entwicklungshilfe fließt somit in die Geberländer zurück. Oft verdrängen kostenlos gelieferte hochsubventionierte europäische und US-amerikanische Lebensmittellieferungen die einheimischen Produkte vom Markt und die „Entwicklungshilfe“ wirkt kontraproduktiv. Eine Abmilderung der globalen Ungleichheiten wird durch die gewährte Entwicklungshilfe, die in keinem Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum der Industrieländer steht, nicht erreicht.

5. Gibt es für die Wirtschaft Wachstumsgrenzen?

5.1. Kann wirtschaftliches Wachstum unendlich sein?

Um sich die Geldvermehrung vorstellen zu können und die Unmöglichkeit unendlichen Wachstums zu beweisen, wurde die Parabel vom „Josephs-Pfennig“ geschaffen: Hätte Joseph für seinen Sohn Jesus bei den Geldwechslern im Tempel zu seiner Geburt 1 Pfennig angelegt und 5 % Zinsen bekommen, dann hätte er bei Rückkehr auf die Erde im Jahre 1990 Gold im Gesamtgewicht unseres Planeten bei seiner Bank „abheben“ können. Dieses Beispiel macht klar, dass es ein ungebremstes, unendliches Wirtschaftswachstum nicht geben kann. Diese durch Zinseszins-Entwicklung mögliche Vermehrung des angelegten Geldes, die man ja für seine Altersversorgung durchaus in Erwägung zieht, zeigt, dass diese anfangs langsame und dann lawinenartig zunehmende Geldvermehrung nicht auf der Grundlage von Produktionsprozessen entstehen kann, sondern nur auf dem weltweiten Geldmarkt, der sich schon längst von der produktiven Wirtschaft abgekoppelt hat und ein eigenes Dasein führt.

Margrit Kennedy schreibt 1994 dazu: „Die andauernde Zahlung von Zins und Zinseszins ist mathematisch nachweisbar praktisch nicht möglich, und damit befinden sich die ökonomische Notwendigkeit und die mathematische Unmöglichkeit in einem Widerspruch, der nicht zu lösen ist. Er führt heute wie in der Vergangenheit zur Akkumulation von Kapital in den Händen von zunehmend weniger Menschen und damit zu wirtschaftlichen Zusammenbrüchen, Kriegen und Revolutionen.“ (Kennedy, M., 1994) Der Zinsmechanismus ist die Hauptursache für den pathologischen Wachstumszwang.

5.2. Wann sind die Rohstoffe erschöpft?

Noch vor 50 Jahren war man der Meinung, dass die Rohstoffe auch in Zukunft in ausreichender Menge zur Verfügung stehen und immer neue Lagerstätten gefunden werden, um den Bedarf zu decken. Vor etwa 30 Jahren traten dann besorgte Wissenschaftler auf, die Zahlenmaterial vorlegten, aus dem hervorging, dass schon in den nächsten beiden Generationen die Rohstoffe knapp werden oder ausgehen, wenn die Güterproduktion weiterhin ansteigt. Am bekanntesten wurde der 1. Bericht des Club of Rome 1972 (Meadows, D. 1972), in dem erstmalig „Die Grenzen des Wachstums“ beschrieben wurden. Insbesondere die Feststellung, dass solche Rohstoffe wie Aluminium, Kupfer, Gold, Blei und Quecksilber in den nächsten 30 Jahren zur Neige gehen und nur noch mit immer größerem Aufwand gewonnen werden können, schockierte die Wirtschaftswelt, obwohl schon damals bekannt war, dass sich die Preise für Quecksilber in den letzten 20 Jahren verfünffacht und

die Preise für Blei in den letzten 30 Jahren verdreifacht hatten. Inzwischen sind die Rohstoffpreise weiter gestiegen.

Auch die Vorräte endlicher Energieträger wie Erdöl, Gas und Uran gehen in 40 bis 60 Jahren zur Neige, wenn der Verbrauch so bleibt wie bisher, was bei dem Energiehunger von China und Indien nicht zu erwarten ist.

In zwei Generationen wird die Frage akut, ob ein Zurückfallen in die Eisenzeit, denn Kohle und Eisenerz haben wir noch mehrere 100 Jahre, das Wirtschaftskonzept der Zukunft sein wird. Fest steht jedenfalls, dass der gegenwärtige Materialbedarf der Industrieländer in baldiger Zukunft nicht mehr gestillt werden kann. In einer kapitalistischen Wirtschaft wird das aber erst dann zur Kenntnis genommen, wenn Material nicht mehr geliefert werden kann bzw. die Preise ins Uferlose gestiegen sind. Erst dann wird man nach der Wissenschaft rufen, die Ersatzstoffe für bestimmte ausgehende Rohstoffe finden soll. Aber Material für Ersatzstoffe muss eben auch erst einmal vorhanden sein, und Ersatzstoffe müssen kostengünstig herstellbar sein. Die industrielle Massenproduktion wird eines Tages wegen Materialmangels erlahmen. Das wird unsere und die nächstfolgende Generation noch nicht treffen, aber unsere heute geborenen Enkel.

Besonders hart wird der Sturz in die Realität für die USA sein, die mit 4,2 % Anteil an der Weltbevölkerung heute etwa 20 % der in der Welt geförderten Energieträger und Rohstoffe verbrauchen. Gerade in diesem Land wird das Problem nur so gesehen, dass man sich eben mit Waffengewalt die heute und in Zukunft benötigten Rohstoffe sichern muss. Hauptsache, der Lebensstandard und die Rohstoffverschwendung im eigenen Land können aufrechterhalten werden. Nur so glaubt man, die Profite sichern zu können. Typisch für die US-Shareholder ist außerdem, dass sie nur 3 Monate in die Zukunft schauen und kurzfristige profitable Anlagen die Regel sind.

5.3. Wann werden welche Ökosysteme unumkehrbar zerstört?

Wissenschaftler sind sich nicht einig, ob zuerst der Rohstoffmangel die kapitalistische Megamaschine stoppen wird oder die Zerstörung der Ökosysteme.

Auf dem Gebiet des Weltklimas und seiner zukünftigen Veränderungen herrscht unter Klimaforschern nunmehr Einigkeit, dass sich durch die zunehmende Verbrennung fossiler Energieträger sowie durch Industrie- und Autoabgase die Erdtemperatur irreversibel erwärmen wird.

Eindrucksvoll und wissenschaftlich untermauert hat der britische Forscher James Lovelock den Klimawandel beschrieben (Lovelock, J. 2007), der „den wirtschaftlichen und politischen Zusammenhalt der Welt zerschlagen“ wird. Seine Gaia-Theorie geht von der Annahme aus, dass „die Erde sich wie ein

einziges sich selbst regulierendes System verhält, das aus physikalischen, chemischen, biologischen und menschlichen Komponenten besteht“. Dieses System funktioniert besser, wenn es auf der Erde kühl ist und wird instabil, wenn die Durchschnittstemperatur der Welt um etwa 4 °C steigen würde. Dieser Zustand wird eintreten, wenn infolge der Umweltverschmutzung der Kohlendioxidgehalt der Luft weiter ansteigt. In der vorindustriellen Zeit lag die Konzentration von Kohlendioxid bei 280 ppm (Teilen pro Million) heute liegt sie bereits bei 383 ppm und bei ungebremstem Industriewachstum kommen jährlich 2,5 ppm hinzu. Wird der Wert von 500 ppm überschritten, und das werden wir bei weiterem Wirtschaftswachstum in etwa 50 Jahren erreichen, dann ändert sich das Klima irreversibel. Wie wird die Welt dann aussehen? Das Algenwachstum in den Meeren wird in großen Bereichen aufhören und der Ozean wird zur „Wüste“, das Meeresökosystem versagt und kann kein Kohlendioxid mehr aus der Luft aufnehmen. Die Pole und das Grönlandeis schmelzen ab, und der Meeresspiegel steigt um 14 m (IPCC 2007) Fast alle großen Bevölkerungsballungen der Welt versinken im Meer. Die Gegenden zwischen dem 45. Grad nördlicher Breite und dem 45. Grad südlicher Breite müssen von den Menschen aufgegeben werden. Dort wird es zu heiß, in den Wüsten und Savannen können die Menschen nicht überleben. Es wird Völkerwanderungen geben, wenn Afrika, Australien, Südamerika und die USA unbewohnbar und über weite Strecken Wüsten werden. In Europa betrifft das die Länder südlich der Alpen und Pyrenäen, den Balkan und die Hälfte der Ukraine. Die Erde wird auf den verbleibenden Ackerflächen wahrscheinlich nur noch 1 Mrd. Menschen ernähren können und nicht mehr die gegenwärtigen 6,6 Mrd. Die Heißzeit wird etwa 100 000 Jahre andauern, so die Erfahrungswerte (IPCC 2007) aus der Erdgeschichte. Das sind schreckliche Zukunftsaussichten, die bereits unsere Enkel treffen können.

Die Reaktion der Industrie und der ihr hörigen Regierungen auf diese vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), das im Auftrag der UNO das Klima erforscht, wissenschaftlich begründeten Klimaprognosen ist eindeutig: Der Klimagasausstoß wurde und wird auch für die nächsten 40 Jahre nicht reduziert. Der Einfluss der Klimagase wird geleugnet. Es werden neue Kohlekraftwerke, auch auf der Basis von Braunkohle, neu errichtet und blasen dann weitere 40 Jahre Kohlendioxid in die Atmosphäre. Laut BUND sind in Deutschland zur Zeit 26 neue Kohlekraftwerke in Planung. Alle groß verkündeten Klimaschutzziele der Kanzlerin Merkel werden damit zur Makulatur. Die PKW-Flotte wird weiter einen so hohen Klimagasausstoß verursachen wie bisher. Nur so glaubt man, die Profite sichern zu können. Alle Beteuerungen und Klimaziele der Regierung sind nur Ablenkungsmanöver. Weltweit wurde seit Kyoto angestrebt, den Klimagasausstoß um 20 % zu senken, er ist aber um 20 % gestiegen.

Die Klimaänderungen sind nicht das einzige, wenn auch das wichtigste Problem bei der Zerstörung der Natur. Die durch die Wegwerfgesellschaft und die Erhöhung des Produktionsausstoßes immer größer werdenden Abfallberge, die Verseuchung des Wassers, des Bodens und der Luft führen zu einer nicht nur örtlichen Überfüllung der Ökosysteme, sondern zur Störung des ökologischen Gleichgewichts in ganzen Regionen und Ländern. Giftmüllabfall produzierende Technologien werden von den Industrieländern in die Dritte Welt verlagert, wo es keine oder weniger scharfe Umweltvorschriften gibt. Täglich kann man in der Presse aktuelle Beispiele lesen. Der Konkurrenzkampf führt zwangsläufig zu einer höheren Umweltverschmutzung. Am Beispiel der Verwendung billigen Schweröls als Treibstoff in der Schifffahrt soll das gezeigt werden. Der Ölschlick und die separierten Ölbestandteile werden in die Ozeane entlassen. Rund 80 % der verkehrsbedingten Schwefeldioxidemissionen und 75 % der Stickoxidemissionen entfallen inzwischen auf den Schiffsverkehr (Bülow 2007).

Erneuerbare Rohstoffe, wie z. B. Holz und Wasser, werden in zunehmendem Maße geplündert. Besonders seit dem Ende des 2. Weltkrieges hat der Holzeinschlag große Teile des Tropenwaldes vernichtet. Auch in Indien ist der Holzeinschlag siebenmal höher als der Nachwuchs. Japan deckt seinen Holzbedarf vor allem aus Sibirien und schont die eigenen Bestände. Von 1961 mit 9 Mio. Kubikmeter Holzimport stieg der weltweite Import 1995 auf 70 Mio. Kubikmeter. Die Abholzung und nachfolgende Erosion der ehemaligen Waldflächen sowie die Auswirkungen auf das örtliche Klima verwüsten ganze Landstriche. Die Artenvielfalt geht verloren. Geht die Entwicklung bei der Waldabholzung im gegenwärtigen Tempo weiter, wird bald der ganze Planet entwaldet sein.

Auch bei der Ressource Wasser gibt es Anlass zur Sorge. Süßwasser im Überfluss gibt es nur an den Polen, und auch dort wird bei einem Klimawandel das Eis schmelzen. Fast 70 % des Süßwassers werden in der Landwirtschaft verbraucht. Die Haushalte brauchen nur 8 %, wovon nur ein Bruchteil Trinkwasser ist. Der Wasserverbrauch auf der Welt hat sich nach dem 2. Weltkrieg vervierfacht, der erneuerbare Nachschub blieb gleich. Deshalb werden bereits tief liegende Wasseradern angezapft (Libyen, Israel, USA), die sich aber nicht erneuern. In Saudi-Arabien werden diese tiefen Wasseradern nach 50 Jahren ausgebeutet sein. Was kommt danach? Die Meerwasserentsalzung ist energieintensiv und nur so lange das Erdöl reicht, möglich.

Es ist also klar, dass es neben der Rohstoffkrise in Zukunft auch noch eine Umweltkrise geben wird, die den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und der industriellen Massenproduktion geschuldet ist.

5.4. Wann werden große Teile der Menschheit verhungern?

Bereits Engels erkannte 1881: „Die abstrakte Möglichkeit, dass die Menschenzahl so groß wird, dass ihrer Vermehrung Schranken gesetzt werden müssen, ist ja da.“ 125 Jahre später ist aus der abstrakten Möglichkeit Realität geworden. Harich meinte schon 1975 (Harich, W. 1975): „Die biologische, ökonomische und kulturell optimale Bevölkerungsgröße ... ist sicher längst überschritten.“

In den Industrieländern gibt es nur ein geringes Bevölkerungswachstum. In Deutschland gibt es sogar eine Abnahme und Überalterung der Bevölkerung. Das Gegenteil findet man in den Entwicklungsländern. Hier ist die Bevölkerungsentwicklung progressiv. Der Kindersegen in Afrika, Asien und Südamerika ist ungebremst. Einzig in China hat man es durch eine restriktive Einkinderpolitik geschafft, den Bevölkerungszuwachs einzuschränken. Gleichwohl wird es bald 1,5 Mrd. Chinesen auf der Welt geben. Indien wird ebenfalls diese Bevölkerungszahl bald erreichen. Die Zahl der Afrikaner wird in den nächsten 20 Jahren auch auf 1,5 Mrd. steigen. Gegenwärtig leben 6,65 Mrd. Menschen auf der Erde (Stand Februar 2007). Auf der anderen Seite gibt es den nordamerikanischen Kontinent, der völlig unterbesetzt ist. Er kann nicht nur die gegenwärtigen 312 Mio. Menschen tragen, sondern 1,5 Mrd. Menschen. Auf dem nordamerikanischen Kontinent ist die Bevölkerungsdichte 6-mal niedriger als in Europa. Daher resultieren auch die Überproduktion und der strategisch wichtige Export von Getreide, Mais und Soja vom nordamerikanischen Kontinent.

Die Frage ist, ob die Menschenmassen noch ernährt werden können, wenn sie weiter zunehmen und unter der Voraussetzung, dass der Klimakollaps verhindert werden kann. Schon heute sind 1 Mrd. Menschen unterernährt, und es gibt täglich viele Hungertote, jährlich 13 bis 18 Mio. Zwar ist bekannt, dass die Versorgung auf der Erde ein Verteilungsproblem ist, denn es werden zur Zeit genügend Lebensmittel hergestellt, um alle Menschen satt zu bekommen. Allein die gesellschaftlichen Verhältnisse der profitorientierten kapitalistischen Marktwirtschaft lassen eine bedarfsgerechte Verteilung der Lebensmittel nicht zu. Wer nicht zahlen kann, der muss verhungern.

Es wurden viele Berechnungen angestellt, wie viel Menschen auf der Erde ernährt werden können. Eine Erkenntnis ist, dass mit einer vegetarischen Ernährung doppelt so viele Menschen satt gemacht werden können wie mit der in den USA und Europa üblichen reichlichen Ernährung mit tierischen Produkten. Eine weitere Erkenntnis ist, dass viele Menschen in den Industrieländern, insbesondere in den USA, zu fett sind und eigentlich noch ein zweiter Mensch von den verzehrten Kalorien satt werden könnte. Allein in Deutschland könnten vom Übergewicht der Menschen 3 Mio. Menschen mehr ernährt werden. Diese Erkenntnisse lösen das Versorgungsproblem aber nicht.

Das Hauptproblem ist die Steigerung der Erträge, denn die Ackerflächen lassen sich kaum noch erweitern. Seit 50 Jahren nimmt die Ackerfläche pro Kopf ab. Durch Erosion, Versalzung und Übernutzung zeigen sich in vielen Regionen Ermüdungserscheinungen der Böden. Langsam stoßen die Ökosysteme in der Welt an jene Grenze, an der sich die Nahrungsgüterproduktion nicht mehr steigern lässt. Das in den letzten 50 Jahren stetig wachsende Angebot an Mineraldünger führte selbst bei den Hohertragssorten zu einer Sättigung des Nährstoffangebots, und die Pflanzen können über die Photosynthese nicht noch mehr Dünger verwerten, und eine Grenze der Ertragssteigerung ist erreicht. Das betrifft im Wesentlichen die Industriestaaten. Sicherlich können weltweit über Mineraldüngergaben die Erträge noch gesteigert werden. 50 % Ertragssteigerung seien noch möglich, meint Donald Plucknett (CGIAR). Aber auch auf dem Gebiet der Düngemittelversorgung wird es bald Engpässe geben. Zwar gibt es noch genügend Phosphatlagerstätten, aber die Kalisalze reichen nur noch 50 Jahre bei steigendem Verbrauch. Die Stickstoffdüngemittelherstellung ist von der Bereitstellung von Energie abhängig, und Energie wird ebenfalls knapp und teuer. Bekannt ist, dass Weizen auch bei gestaffelter Gabe des Stickstoffdüngers nur etwa 50 % davon aufnimmt. Bei Reis in Wasserkultur sind es sogar nur ein Drittel. Der größte Teil des Düngers geht in das Grundwasser. Der Verhinderung von Ernteverlusten durch Pestizide sind ebenfalls Grenzen gesetzt. Es entstehen Schädlingsstämme, die gegen Pestizide, ob nun in Genpflanzen enthalten oder auf die Felder ausgebracht, immun geworden sind. Es gibt schon über 150 Insektenstämme weltweit, die gegen Pestizide mehrfach immun sind. Die Chemieindustrie kann mit Neuentwicklungen nicht mit der Naturanpassung Schritt halten. In den USA wurde der Pestizideinsatz seit 1945 um das 33-fache gesteigert, und die Ernteverluste sind gleichzeitig von 33 auf 37 % angewachsen. Diese Entwicklung gibt trotz des flächendeckenden Einsatzes genmanipulierter Pflanzen in den USA zu denken.

Fazit: Die Ertragssteigerung hat Grenzen, und eines Tages werden bei weiterhin progressivem Bevölkerungszuwachs die Nahrungsmittel auch bei gleichmäßiger Verteilung nicht mehr ausreichen. Künstlich von der Chemieindustrie hergestellte Nahrungsmittel sind noch Zukunftsmusik. Geburtenkontrolle ist die wichtigste Möglichkeit, gegenzusteuern.

6. Kann in Deutschland das Wachstum gestoppt werden?

6.1. Kann Verstaatlichung der Monopole Probleme lösen?

Immer wieder wird die Forderung von verschiedenen Seiten erhoben, Betriebe und Konzerne zu enteignen, insbesondere in Wirtschaftsbereichen, die die Versorgung mit öffentlichen Gütern zur Aufgabe haben: Energie, Wasser, Abwasser, Abfall usw. Das Grundgesetz gibt hierfür die Möglichkeit. Damit soll die Verfügungsgewalt über das Eigentum an den Staat gehen, der angeblich das Gemeinwohl in den Vordergrund seiner wirtschaftlichen Anordnungen stellen würde. Das ist aber ein Trugschluss. In einer kapitalistischen Umgebung kann ein Staatskonzern sich nur marktgerecht verhalten, oder er wird Pleite gehen.

Ein anschauliches aktuelles Beispiel ist der dem schwedischen Staat gehörende Energiekonzern Vattenfall. Er hat nach dem Ende der DDR den Braunkohletagebau samt Stromerzeugung übernommen. Dieser Konzern denkt nicht daran, den Kohlendioxidausstoß durch Stilllegung von Kohlekraftwerken und Umstieg auf Offshore-Windkraftfelder zu senken. Im Gegenteil: Er will in Lubmin und in Berlin Steinkohlekraftwerke neu bauen - eine langfristige Festlegung eines Staatsbetriebes in Richtung auf die Klimakatastrophe. Als Feigenblatt wird mit staatlicher Unterstützung an der Kohlendioxidabscheidung in Kraftwerken geforscht, obwohl man weiß:

- dass Ergebnisse erst frühestens in 10 Jahren vorliegen;
- bei Umstellung auf diese Technologie bei allen Kraftwerken in 7 Jahren alle unterirdischen Speicher in Deutschland voll sind;
- dass die Investitionskosten für eine solche Nachrüstung höher liegen würden als bei einer Investition in erneuerbare Energieanlagen, z. B. ein Windkraftfeld.

Ein weiteres Beispiel sei der VW-Konzern, wo das Land Niedersachsen die Sperrminorität hat. Auch in diesem Werk werden keine 3-l-Autos hergestellt, obwohl die Entwicklung solcher Autos erfolgt ist.

Durch Verstaatlichung oder staatliche Einflussnahme (siehe Staatskonzern Vattenfall) können die genannten kapitalistischen Marktgesetze und das Profitstreben nicht außer Kraft gesetzt werden. Sicherlich könnte über Gesetze die Produktqualität vorgeschrieben werden. Aber wie das funktioniert, sieht man aktuell an der Abwehr der EU-Forderungen durch die Regierung bei der Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes der Autoflotten. Der Staat ist eben fest in der Hand des Kapitals.

6.2. Kann eine Besteuerung von Rohstoffen und Energie den Verbrauch senken?

Die „Grünen“ haben Vorschläge unterbreitet, wie man durch höhere Besteuerung den Benzinverbrauch verringern könnte. Bis zu 5 M sollte der Liter kosten. Diese Vorschläge stießen bei den Verbrauchern nicht auf Gegenliebe. Der Steueranteil am Benzin war ohnehin schon sehr hoch. Man ließ diese Vorschläge im Interesse von zu gewinnenden Wählerstimmen schnell fallen. Die Benzinpreise stiegen auch ohne höhere Besteuerung, aber der Verbrauch ging deshalb nicht zurück.

Derartige Vorschläge, über die Besteuerung von Verbrauchsgütern den Verbrauch zu senken, trifft zuerst diejenigen Verbraucher, die wenig Einkommen haben, und sind deshalb unsozial. Außerdem müssen derartige Steuererhöhungen immer mit einem Alternativangebot verknüpft werden. In unserem Fall mit besserem und billigerem ÖPNV. Das geschieht aber nicht. Der ÖPNV wird weiter ausgedünnt und für die Fahrgäste immer teurer. So sind diese Steuervorschläge nur eine Maßnahme, die Armen zur Kasse zu bitten.

Eine Besteuerung von Rohstoffen für die Industrie, um die externen Kosten, die gegenwärtig die Steuerzahler, also die Arbeiter und Angestellten zahlen, auf die Industrie umzuverteilen, ist unter den Bedingungen eines neoliberalen Weltmarktes nur möglich, wenn alle Staaten gleichzeitig diese Steuer erheben. Tun es einige nicht, dann hat das Kapital in diesen Ländern bessere Verwertungsbedingungen und strömt dorthin. Genauso verhält sich Kapital bei den Lohnkosten. In diejenigen Länder, in denen die Lohnkosten niedrig sind, strömt das Kapital, und es werden neue Produktionsanlagen errichtet.

Die Hoffnung, dass es weltweit zu Absprachen in Fragen der Besteuerung kommt, klappt weder bei Vermögenssteuern noch Gewinnsteuern (Steuerosen) und wird auch nicht bei Rohstoffsteuern gelingen. Außerdem würden diese Steuern als Kosten in die Produktion eingehen und die Produkte verteuern, die Zeche hätte am Ende wieder der Verbraucher zu zahlen.

6.3. Kann die Bevölkerung zu weniger Verbrauch angehalten oder gezwungen werden?

„Im heutigen Mainstream wird Mehrkonsum als patriotische Tat zur Ankurbelung der Wirtschaft gepriesen. Den Vorwurf, er sei ein ‚Verzichtsapostel‘ und ‚Konsumverweigerer‘, lassen sich nur Aussteiger machen.“ In Geiz-ist-geil-Zeiten ist es schwierig, „gut zu leben statt viel zu haben“ (Flassbeck, H. 2005).

Unser Lebensstil und unser Konsum waren schon immer in die Produktions- und Konsumweise des modernen Kapitalismus eingebettet. Allerdings setzt

die fortschreitende Naturzerstörung der ungebremsten Bedürfnisbefriedigung Grenzen: Wir haben keine saubere Luft mehr, das Wasser wird mit Giften angereichert, in den Lebensmitteln sind zu viel Pestizide, und unser Umfeld wird immer lauter.

Im Laufe der Jahre entstand ein dominantes soziales Muster, gekennzeichnet durch die Leitgüter Eigenheim, Auto, Urlaub außer Landes und die dazu gehörende Infrastruktur. Kinder gehören nicht mehr zu diesen Leitgütern. Es existiert ein auf materielle Güter orientiertes Konsumstreben, weil die Konsumenten durch Werbetechniken massiv dorthin gedrängt werden. Es wird ein ständiges Konsumwachstum und eine Nachfragesteigerung bewusst forciert (Stihler, A. 1998). Bei dem vorherrschenden Grundsatz der weitgehenden Autonomie privater Produktions-, Investitions- und Konsumentscheidungen kann nicht einmal erwartet werden, dass das Wirtschaftswachstum sich qualitativ verändern oder abbremsen lässt. Die sogenannte Souveränität des Konsumenten und die damit verbundene Verantwortung für einen nachhaltigen Konsum wirken unter diesen Bedingungen wie eine Fiktion. Der Markt gibt dem Einzelnen die falschen Signale. Dennoch steht die Frage einer Wiederanbindung der Ökonomie an gesellschaftliche Fragen und Probleme einer nachhaltigen Lebensweise. Der Staat kommt dieser Aufgabe nicht oder nur ungenügend nach.

Natürlich entscheidet nach wie vor der „mündige“ Bürger selbst, ob er mehr Umweltqualität oder mehr Konsum an Wirtschaftsgütern haben will. Leider sind die Bürger, die sich für das Letztere entscheiden, in der Mehrzahl und graben fleißig am eigenen Grab und dem ihrer Kinder und Enkel mit. Entlastend muss aber bemerkt werden, dass für die meisten Bürger schwerwiegende Umweltprobleme kaum wahrnehmbar sind.

Es gab schon immer Aussteiger aus der Konsumgesellschaft, und hier sind nicht Alkoholiker, Drogensüchtige, Sektenanhänger oder randalierende Fußballfans gemeint, sondern Menschen, die bewusst aus dem bestehenden kapitalistischen System ausbrechen. Sie schaffen sich Inseln eines neuen Lebens als „gegengesellschafts-alternative Lebensform“. Sie sind der Meinung, dass ihr gegengesellschaftlicher Entwurf zu mehr Freiheit, Individualität, Solidarität, Meinungsvielfalt, Kreativität und Selbstorganisation der Bedürfnisse führt. Oft streben solche Gruppen Produktionsverhältnisse an, die in Non-Profit-Zentren natur- und menschenfreundliche Produkte herstellen, im Zusammenleben Konkurrenz, Angst, Besitzdenken und geschlechtsspezifische Unterdrückung abbauen und dabei eine „Gegenöffentlichkeit“ schaffen wollen. In einer „Graswurzelrevolution“ (einzelne Graswurzeln entwickeln sich zu einem grünen Rasen) sollen so schon heute Keime einer zukünftigen alternativen Gesellschaft entstehen.

Bei diesen Keimzellen, in Deutschland nicht viel mehr als 100 Gemeinschaften (weltweit 25 000), mit sozialreformerischen Konzeptionen handelt es sich um etwa 0,000 02 % der Bevölkerung. Aus der Geschichte ist bekannt, dass solche sozialreformerischen Konzeptionen zu keiner Zeit zu fundamentalen Gesellschaftsveränderungen geführt haben. Je konsequenter diese Gruppen ihre alternativen Lebensweisen entwickeln, desto weniger sind sie im Alltag ihrer gesellschaftlichen Umwelt einzugliedern und zu übernehmen. Sie bleiben dann isolierte Sekten, in den Augen vieler Menschen eben „Spinner“.

Alternative Lebensweisen, die sich auf freiwillige Einfachheit, Nützlichkeit und Naturverbundenheit stützen, werden als Inseln einfacher Warenproduktion im Meer der kapitalistischen Warenproduktion solange geduldet, wie sie das System insgesamt nicht bedrohen. Es ist aber sehr wichtig, dass es Menschen gibt, die es fertig bringen, kraft ihrer Überzeugung ein menschenwürdiges Leben zu führen. Als Lebensstilgruppen in einer Lebens-, Verdienst- und Vermögensgemeinschaft führen sie ein Leben fast wie in urchristlichen Gemeinden. Anstelle der zweifelhaften Freude am Besitz von Gütern, Geld und Macht treten in diesen Gruppen dann oft Erlebnisse der menschlichen Existenz, die eine Event-Gesellschaft nicht vermitteln kann: Träumerei, Spiel, Enthusiasmus, Ekstase, Meditation. Aber nur Verweigerung schafft noch keine Gegenmacht.

Im 2. Bericht des Club of Rome 1974 wurden von Mesarovic und Pestel die Ziele zukünftiger Gesellschaften gesteckt: „Eine neue Konsumethik muss entwickelt werden, die zu einem Lebensstil führt, der mit der kommenden Zeit des Rohstoffmangels verträglich ist. Sparen und Erhalten sollten wieder Eigenschaften werden, die in der Wertschätzung höher stehen als „Großzügigkeit, die sich in Verschwenden und Wegwerfen manifestiert.“ Und Denecke hat 1976 ähnliche Ziele gesteckt: „Ein neuer Lebensstil ist gekennzeichnet durch Konsumverzicht, Askese, Mäßigung, Fastenzeit, Selbstzucht, Opfer bringen, Selbstbeschränkung, Null-Wachstum, Zügelung, Maßhalten, Einschränkung, Abbau eines ununterbrochenen Leistungsdenkens, eines Gewinnstrebens, Abstand zu sich selbst, Selbstüberwindung, Bescheidenheit, Eingliederung in das Ganze des Universums.“

Mit dieser Aufzählung von Eigenschaften des idealen Menschen der Zukunft, der allein die Möglichkeit hat, zukünftig zu überleben, wird ein Politikziel vorgegeben, das von keinem Politiker heute vertreten wird, und man muss feststellen, das eher das Gegenteil von den Politikern aller Parteien praktiziert wird und für die Wählerschaft vorgelebt wird.

Was kann gegen die lückenlose Mauer von Politik, Regierung, Wirtschaft, Finanzgewalt getan werden? Es gibt nur zwei Wege: Entweder die Menschen ändern ihren Lebensstil, wobei ihnen die Regierung nicht helfen wird, oder

die Menschen kommen zur Einsicht, dass man den herrschenden neoliberalen Marktkapitalismus überwinden und abschaffen muss. Aber auch dabei werden sie von den Parteien allein gelassen, denn alle Parteien wollen die herrschenden gesellschaftlichen Zustände erhalten und höchstens etwas verbessern, aber nicht umgestalten.

Die Frage dieses Abschnittes kann nur so beantwortet werden, dass es gegenwärtig keine Institution gibt, die die Bevölkerung zu einer alternativen umweltfreundlichen Lebensweise anhalten oder gar zwingen würde. Zu hoffen bleibt nur, dass durch die irreversible und zunehmende Klimaänderung über den Schock von Naturkatastrophen große Bevölkerungsteile aufwachen und eine Regierungspolitik verlangen, die gegen die Monopole gerichtet ist. Ob dann noch etwas Entscheidendes zum Erhalt menschlichen Lebens getan werden kann, ist allerdings fraglich. Keine schönen, aber realistische Aussichten für die Industrienationen.

Nun gibt es auch Stimmen, die eine Art diktatorische Zuteilungsbewirtschaftung der Ressourcen verlangen, also einen Zwang zur Senkung des Verbrauchs durch Lebensmittelkarten, Bezugsscheine für Kleidung, Benzin und sonstige Materialien, so wie es die Älteren von uns aus dem 2. Weltkrieg und den Jahren danach kennen gelernt haben. Nur so könne man die auf Konsum und Wegwerfen getrimmte Gesellschaft wieder auf den Weg der Nachhaltigkeit führen. Allein auch hier fehlt es an einer Institution, die diese Vorstellungen, es wäre die letzte Rettung, realisieren kann. Die Regierung des Kapitals wird es nicht machen und bis zum bitteren Ende am Kurs auf hohe Profite festhalten.

Erforderlich sind also politische Mehrheiten für Umweltschutz. Diese kommen nur durch ein höheres Umweltbewusstsein der Wähler zustande. Darum ist das individuelle Umweltbewusstsein letztlich doch die entscheidende Größe für die Rettung der Menschheit.

6.4. Kann unter Beibehaltung des gegenwärtigen Lebensstandards umweltgerecht gelebt werden?

Jedem, der heute fernsieht oder Zeitung liest, ist klar: Die Lebensstile in den Industrieländern gefährden die Umwelt und die Nachkommen und führen zu einem zunehmend verarmten Leben in der Dritten Welt. Wird deshalb bewusst auf eine Flugreise in die Karibik, auf billige Textilien aus Fernost oder auf ein PS-starkes Auto verzichtet? Die Wahl zwischen einem moralisch sauberen Lebensstil oder einem Weiterleben in einem verschwenderischen und umweltzerstörerischen Konsum fällt in der Regel für das Letztere aus. Es bleiben einem ja noch die das Gewissen beruhigenden Spenden für hungrige Kinder, Behinderte und Opfer von Flutkatastrophen.

Die soziale Integration des Einzelnen wird nun mal an der sozialen Teilhabe an der materiellen Kultur gemessen und verankert. Nicht die von Regierung und Kirche verkündete Werteordnung des christlichen Abendlandes schafft die soziale Stabilität der Gesellschaft, was von den regierenden Parteien gebetsmühlenhaft verkündet wird, sondern die einfache Wertefrage ist: Wie viel vom Kuchen kriege ich ab? Die Konsumgesellschaft ist nicht auf einen kulturellen Konsens angewiesen, der ohnehin nicht eingehalten wird. Im Alltag kommt sie ohne moralische Werte aus. Die soziale Stellung wird daran gemessen, was man besitzt und was man sich leisten kann. Versuche, nachhaltig zu leben, führen zur Aufgabe der individuellen Zeitsouveränität (Umstieg vom Auto auf ÖPNV), zur Einschränkung der Handlungsflexibilität und zu einem schlechten Gewissen, weil man so ganz anders ist als die Mitmenschen. Das halten nur wenige aus.

Kraemer hat diese Zusammenhänge auf einen kurzen Nenner gebracht: „Erstens dient der Konsum als Vehikel, um das eigene Selbst zu formen und einen subjektiven Sinn auszudrücken; zweitens fungiert Konsum als Medium, um die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe symbolisch zu demonstrieren; und drittens grenzt sich eine Gruppe durch bestimmte Konsumpraktiken von anderen Gruppen ab. Die kultursoziologische Paradoxie besteht darin, dass die standardisierten und genormten Produkte der Massenkultur (Jeanshosen) unverzichtbar geworden sind, um symbolisch Individualität zu inszenieren.“ Diese Zusammenhänge macht sich die Werbeindustrie zunutze. Die Nachfrage nach Gütern des täglichen Gebrauchs ist weitgehend gesättigt. Deshalb werden Waren mit „unterscheidbaren symbolischen Deutungsmustern“ angereichert. Und es werden neue „Erlebniswelten“ geschaffen, insbesondere für die Freizeit. Gronemeyer meint, dass der Mensch erst in der kapitalistischen Gesellschaft zu einem „belieferungsbedürftigen Mängelwesen“ degradiert worden ist.

Damit soll nachgewiesen sein, dass man die gesellschaftlichen Gegebenheiten des Industriekapitalismus weder durch einen gesinnungsethischen Rigorismus noch durch moralische Sanktionen schnell verändern kann. Eine Verhaltensänderung ist aber im Interesse der Daseinsfürsorge für unsere Nachkommen unbedingt notwendig.

Am besten sind deshalb bei einer Ökowende anfangs Maßnahmen, die keine einschneidenden Verhaltensänderungen erfordern und keinen erkennbaren Zusatzaufwand an Geld, Zeit und Wissen erfordern und deshalb als „alltags-tauglich“ eingestuft werden können. Allerdings kennen erst 13 % der Verbraucher den Begriff „nachhaltige Entwicklung“ und können sich darunter etwas vorstellen. Das bewusste Handeln jedes Einzelnen ist also notwendig, und willensstarke Menschen, Ökopioniere, müssen vorangehen und darauf

drängen, dass die Massenproduktion zurückgedrängt, der Kapitalismus gezähmt und abgeschafft wird.

Ein Mittel, um gegen umweltzerstörerische, globale Konzerne vorgehen zu können, ist die Organisierung von „Käufermacht“. Das können aber nur wenige internationale Nichtregierungs-Organisationen, wie z. B. Greenpeace oder Attac. Wenn man dabei Erfolg haben will, muss das individuelle Opfer möglichst klein sein, wie z. B. der Boykott von Shell-Tankstellen. Bei solchen Aktionen ist wichtig, dass für die Beteiligten ein materieller (höhere Qualität) oder immaterieller (ich habe etwas Gutes getan) Nutzen entsteht. Positive Initiativen sind auf jeden Fall besser geeignet, etwas für die Umwelt zu tun: Geldanlage bei Ökobanken, Bezug von Ökostrom, Kauf von Bio- oder Fair-Trade-Waren.

Gewohnte Lebensstile sind nicht leicht zu ändern. Am ehesten führt eine Schocktherapie zum Ziel: Skandale um Lebensmittelqualität, Tierkrankheiten, Lebensmittelbetrug. Allerdings wird mancher Skandal schnell vergessen, und man kehrt wieder zu alten Gewohnheiten zurück.

Ein Politikfeld, das vor allem von der Linken bearbeitet wird, ist die soziale und ökologische Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist unvereinbar mit dem Luxuskonsum der Besserverdienenden. Mit einer Beschränkung wird kein Sozialneid erzeugt, sondern die Beschränkung auf Ausgaben, die die Umwelt nicht beeinträchtigen.

Der Zielzustand einer nachhaltigen Gesellschaft ist weitgehend bekannt. Der konkrete Weg dahin ist aber unklar. Verbesserungen der kapitalistischen Marktwirtschaft sind bisher fehlgeschlagen. Solange kein parteiübergreifender Konsens hergestellt werden kann, dass Wirtschaftswachstum für uns schädlich ist, wird es keinen Aufbruch zu einer nachhaltigen Wirtschaft geben. Gegenwärtig sind sich alle Parteien einig, dass Wirtschaftswachstum das erklärte Ziel der Politik sein muss. Die Linke hat die große Chance, als Politikkraft eine nachhaltige Wirtschaft zu propagieren und die Wege hierzu auszuarbeiten.

6.5. Können uns Wissenschaft und Technik retten?

„Bis 1940 war es noch möglich, den beschleunigten Fortschritt der modernen Technologie im Großen und Ganzen als günstig für die menschliche Entwicklung zu betrachten. Innerhalb der letzten 50 Jahre hat sich dieses Bild geändert. Jetzt führt die moderne Technologie zur Beherrschung der Natur und der Unterwerfung des Menschen. Das Kernproblem ist heute: Wie kann man die Menschheit davor schützen, dass sie von ihren demoralisierten Führern

ausgerottet wird“, war die Meinung von L. Mumford. Mit diesem Zitat ist das grundlegende Problem der Technologieentwicklung umrissen.

Eine staatliche Technologiepolitik als politischer Wille der Volksvertreter, die der Entwicklung und dem Gebrauch der Technik eine Richtung aufprägt, existiert praktisch nicht. Oft schmückt sich der Staat mit Prestigeobjekten, die nichts mit volkswirtschaftlichem Nutzen zu tun haben, z. B. dem Transrapid. Die Nation soll auf ihre Supertechnik stolz gemacht werden. Mit Wissenschaft und Technik soll eine Heilserwartung verknüpft werden.

Wissenschaft und Technik entwickeln sich gegenwärtig nahezu unkontrolliert. Was die Konzerne entwickeln, fördert und vertritt die Regierung, auch wenn sich dies für Mensch und Natur schädlich auswirkt. Technikentwicklung und Produktivität sind auf Profit orientiert und nicht an ökologisch hergestellten Gebrauchswerten. Immer wieder wird betont, dass die Technik alle Umweltprobleme lösen und auch der Ressourcennachschub mit Materialsubstitutionen gesichert werden könne, es müsste nur die Wirtschaft wachsen. Es wird geflissentlich übersehen, dass, wenn die Bunt- und Edelmetalle aufgebraucht sind und fossile Brennstoffe nicht mehr zur Verfügung stehen, keine Stoffe mehr vorhanden sind, aus denen man Ersatzstoffe herstellen könnte.

Das Kapital wird ohnehin erst aufwachen, wenn seine profitablen Investitionen in Gefahr sind. Dann muss die Wissenschaft Lösungen zu ihrer Sicherung entwickeln. Die Ausbeutung der Natur geht dann ungehindert weiter.

Ein aktuelles Beispiel ist die sogenannte Clean-Coal-Technologie (saubere Kohle), die in Kohlekraftwerken eingesetzt werden soll, um die Kohlendioxidemissionen zu beschränken. Da wird mit großem Werbeaufwand und staatlicher Förderung eine Pilotanlage gebaut und der Bevölkerung vorgegaukelt, man könne mit dieser Entwicklung den Klimawandel aufhalten. In 20 Jahren soll diese Entwicklung praxisreif sein. Schon heute steht fest, dass sich die Investitionskosten für ein Kohlekraftwerk verdoppeln würden, ebenso die Strompreise, und dass bei Ausrüstung aller Kraftwerke mit dieser Technologie die unterirdischen Speicher in der BRD in 7 Jahren gefüllt wären. Es wäre unter diesen Umständen billiger, in Windkraftfelder zu investieren, und die Strompreise wären nicht höher als bei fossilen Kraftwerken. Aber diese Lösung würde den Weiterbetrieb der Großkraftwerke gefährden, die noch 40 bis 50 Jahre Profit bringen sollen, und deshalb wird in erneuerbare Energie nicht investiert.

An diesem Beispiel soll deutlich werden, dass Wissenschaft und Technik sehr wohl die Potenz haben, die Probleme der Menschheit zu lösen. Aber in einer profitorientierten Wirtschaft werden Wissenschaft und Technik nur für die Sicherung des Profits eingesetzt und nicht für die Rettung der Menschheit vor der Klimakatastrophe. Die Wirtschaft und die ihr hörigen Regierungen werden

die anstehenden Probleme nicht lösen. Erst wenn Umweltschäden die Profite gefährden, werden Wissenschaft und Technik mit Umweltreparaturarbeiten beauftragt, die dann zu spät kommen und die irreversiblen Klimaänderungen nicht mehr aufhalten können.

6.6. Ratschläge zur nachhaltigen Lebensweise

Viele Autoren haben zu dieser Frage Vorschläge unterbreitet. Die wichtigsten Vorschläge werden hier zusammengestellt. Werden sie befolgt und im täglichen Leben umgesetzt, dann entsteht ein „unmanageable consumer“, ein widerspenstiger, für Werbung immuner Bürger:

- Jedes Gut, das wir nicht kaufen, entlastet die Umwelt.
- Nur qualitativ hochwertige und langlebige Güter kaufen.
- Gegen „Wegwerfkultur“ auftreten und Produkte länger nutzen, um den Stoffstrom zu verlangsamen.
- Bei Neuanschaffungen nur energiesparende Geräte und Fahrzeuge kaufen.
- Teilen und Tauschen: Pool-Lösungen nutzen bei Geräten und Maschinen, die man selten braucht und ausleihen kann.
- Nicht mehr benötigte Gebrauchsgegenstände weitergeben, verschenken oder an Second-hand-Läden geben.
- Wenn die Freizeit und das handwerkliche Geschick es ermöglichen, Dinge selbst herstellen, reparieren, teilen und tauschen.
- Den Standby-Betrieb abschaffen.
- Die Raumtemperatur absenken und sich warm anziehen.
- Im Sommer alle Wege unter 4 km Länge mit dem Fahrrad fahren.
- Was einmal verpackt ist, braucht keine weitere Verpackung.
- Keine chemischen Sprays nutzen.

7. Kann Wirtschaftswachstum umweltverträglich gemacht werden?

7.1. Welche Vorschläge gibt es?

Greenpeace hat einen Plan vorgeschlagen, wie Wirtschaftswachstum ohne Klimazerstörung möglich ist. Inhalt des Plans ist ein schrittweiser Verzicht auf fossile Energieträger und der Umstieg auf erneuerbare Energie. Wenn die Bundesregierung die Subventionen für Kohle und Energie einstellen würde, dann wäre die erneuerbare Energie wettbewerbsfähig. Als Weltmarktführer könnte Deutschland auf dem Gebiet der Wind- und Solartechnik besonders profitieren. Das Zeitfenster ist klein, weltweit muss in 10 Jahren die Umstellung auf erneuerbare Energie erfolgen. Im Gefolge dieser Umstellung könnte das Wirtschaftswachstum weitergehen.

Diese bei umweltbewussten Bürgern weit verbreitete Auffassung, dass man bei weitergehendem Wachstum mit Hilfe des technischen Fortschritts die Umwelt retten könne (wenigstens das Weltklima) lässt aber andere Entwicklungen, wie die Rohstoffverknappung, die Verantwortung für nachfolgende Generationen und die progressive Entwicklung der Weltbevölkerung außer Acht und befasst sich nur mit einem Sektor des globalen Umweltproblems.

Immer wieder wird von Vertretern der Wirtschaft behauptet, dass jedes ökologische Problem durch technische Forschung und technologische Entwicklungen gelöst werden könne. Das ist sicherlich bis zu einem gewissen Grade auch richtig. Dabei wird aber vergessen, dass 50 % der Wissenschaftler und Ingenieure in der Welt an Rüstungsthemen forschen und für Umweltforschungen nicht zur Verfügung stehen (Butte 1985). Der Rest der Wissenschaftler und Ingenieure arbeitet an Industriebaufträgen, die die Entwicklung profitabler Produktionslinien zum Ziel haben. Rücksicht auf die Umwelt und die Menschen wird da nicht genommen. Der Kapitalismus fördert nur diejenige spezifische Technik, die einen hohen Profit bringt, und unterdrückt andere Techniken. Die Selektion prinzipiell möglicher Lösungen setzt bereits im Wissenschaftsbetrieb ein und nicht durch Kosten-Nutzen-Rechnungen oder Profitmaximierung. Die entwickelte Technik der Industrieländer wird „zu einem menscheitsvernichtenden Faktor“, und „die Natur wird diesen eingeschlagenen Weg ohne gravierende Antworten nicht mehr allzu lange zulassen“ (Ullrich 1980).

Eine „reine“ und „wertfreie“ Wissenschaft gibt es schon lange nicht mehr, auch die Grundlagenforschung hat wirtschaftliche Anwendungsziele. Die Ziele der Wissenschaft im Kapitalismus wurden schon von Bertrand Russel 1928 charakterisiert: „Die Wissenschaft wurde bisher zu drei verschiedenen Zwecken angewandt: um die Gesamtproduktion von Bedarfsartikeln zu steigern,

um die zerstörende Wirkung des Krieges zu erhöhen und um Vergnügungen, die einen künstlerischen oder hygienischen Wert hatten, durch triviale zu ersetzen.“

Die Wissenschaft wäre sehr wohl in der Lage, die drohenden Menschheitsprobleme zu lösen, allein im Kapitalismus wird sie auf diese Probleme nicht angesetzt, es rechnet sich nicht.

Im noch gültigen Parteiprogramm der LINKEN wird die heilige Kuh des neoliberalen Kapitalismus, nämlich das „notwendige unverzichtbare und problemlösende Wachstum der Wirtschaft“, nicht geschlachtet. Aber das Wirtschaftswachstum soll eingeschränkt werden durch eine „neue Art des Wachstums“, eine „Veränderung des Typs des Wachstums“, ein „ökologisch verantwortbares Wachstum“, einen „Richtungswechsel des Wachstum“ und ein „ökologisch nachhaltiges Wachstum“. Werden diese Adjektive alle ernst genommen und eingehalten, dann muss man auf Wachstum verzichten und einen Schrumpfungsprozess einleiten. Das Parteiprogramm kann man mit diesen Formulierungen nur als widersprüchlich und unkonkret einschätzen. Einerseits werden neoliberale Forderungen und andererseits ökologische Forderungen ohne verbindende politische Klarheit nebeneinander gestellt. In der politischen Praxis kann man aber nicht beiden Standpunkten gleichzeitig gerecht werden. Entweder die Wirtschaft arbeitet ökologisch und nachhaltig, oder die Profiterwirtschaftung ist notwendig, unverzichtbar und löst alle Probleme. Beides gleichzeitig ist nicht realisierbar, und es fehlt der „konsequente Antikapitalismus“, der im Programm versprochen wird.

Von der einzigen Partei, die noch nicht zur „politischen Klasse“ gehört, ist also bisher auch keine kämpferische Haltung gegen das menscheitsvernichtende kapitalistische Wachstum zu erwarten. Sie ist auch nur ein weiterer Arzt am Krankenbett des Kapitals.

7.2. Können ganze umweltschädliche Industriezweige stillgelegt werden?

Schon häufig wurden Forderungen laut, insbesondere bei Chemiebetrieben, diese stillzulegen, wenn die Umweltschädigung zu offensichtlich und für den Standort nachweisbar war. Derartige Giftküchen wurden jedoch nicht stillgelegt, sondern ins Ausland verlagert, wo die Umweltbewegung noch nicht wirksam ist. Chemieunfälle im In- und besonders Ausland hat es in der Vergangenheit zahlreich gegeben, so dass die Frage berechtigt ist, ob eine Schließung solcher Betriebe durch den Staat nicht zweckmäßig und notwendig ist. Insbesondere müsste die Rüstungswirtschaft weltweit stillgelegt werden. Das würde sowohl eine erhebliche Material- und Energieeinsparung ergeben als auch die Menschheit vor Kriegen bewahren.

7.3. Kann jede Produktion, die Mensch und Umwelt schädigt, verboten werden?

Heute ist ein gefährliches Niveau der Umweltverschmutzung durch die tägliche Nutzung sehr vieler Produkte erreicht worden. Nehmen wir als Beispiel das Auto, das viele Menschen täglich nutzen. Die Ausbeutung endlicher fossiler Rohstoffe für die Kraftstoffherstellung und die Abgasproduktion schädigen Mensch und Umwelt. Das ist heute allbekannt und unwidersprochen.

Eigentlich müsste dieses System der Fortbewegung sofort verboten werden. Nach Meinung der Klimawissenschaftler haben wir nur noch ein Zeitfenster von 10 Jahren, in dem etwas geschehen muss, um den Schadgasausstoß gravierend zu senken.

Da würde ein Aufschrei der Automobilproduzenten und Automobilnutzer durch das Land gehen, und diejenigen, die solche Forderungen stellen, werden vom Autovolk, und das ist zahlreich, nicht wieder gewählt. Deshalb wird von Politikern, selbst wenn sie einsichtig sind, das Auto nicht angetastet. Höchstens die Verschiebung der Haltersteuern vom Hubraum auf den Klimagasausstoß wird schon als revolutionierende Tat gefeiert. Die Regierung müsste alle Forschungsmittel für die Autoindustrie an die Verpflichtung binden, dass einzig erneuerbare Energien für zukünftige Autos in Frage kommen. Aber eine halbe Milliarde € wird für die Entwicklung von Hybridmotoren vom Staat inkonsequent zugeschossen. Es ist also nicht so einfach, schädigende Produkte zu verbieten, wenn die Wirtschaft, der Staat und auch weite Kreise der Bevölkerung dagegen sind.

Höchstens bei Produkten, die von der Bevölkerung nicht unmittelbar genutzt werden, ist ein Verbot wahrscheinlicher.

8. Kann die kapitalistische Marktwirtschaft durch umwelt- und menschenfreundliche Maßnahmen verändert werden?

8.1. Was kann die „freie Marktwirtschaft“ nicht sichern?

Immer wieder wird von den Ökonomen des Kapitalismus behauptet, dass die Marktwirtschaft die beste Einrichtung ist, um die Wünsche der Verbraucher zu erfüllen, und der Konkurrenzkampf den Hersteller mit den geringsten Produktionskosten und demzufolge niedrigsten Preisen überleben lässt. Alles zum Wohle der Kunden.

Nun hat sich schon lange herumgesprochen, dass es eine Konkurrenz auf dem freien Markt nur noch in Ausnahmefällen gibt. Die Monopole haben so viel Wirtschaftsmacht, dass sie die Preise und damit die Umverteilung des Profits zu ihren Gunsten beeinflussen können. Konkurrierende Monopole bilden Kartelle oder treffen Preisabsprachen. Eine freie Marktwirtschaft mit funktionierender Konkurrenz gab es vielleicht vor 100 Jahren, heute ist das eine Illusion.

Was können Märkte nicht, was wäre aber notwendig zu regeln?

- Die Marktwirtschaft trifft keine Aussage und hat nicht zur Grundlage, welche Tragfähigkeit die Erde hinsichtlich der maximalen möglichen Erdbevölkerung, der möglichen Nahrungsmittelproduktion oder der Belastung mit Schadstoffen aufweist.
- Die Marktwirtschaft kann Rohstoffraubbau nicht durch höhere Effizienz unterbinden, weil Raubbau billiger als Effizienz ist. Der Markt lässt die Zerstörung der letzten Urwälder vernünftig erscheinen.
- Der Markt ist moralisch blind. Er kann nicht erkennen, ob die Grundbedürfnisse der Kunden bedarfsgerecht befriedigt worden sind und nicht anzeigen, wo Unersättlichkeit, Raffgier und Neid beginnen. Luxusartikel werden, wenn eine Nachfrage reicher Kunden vorliegt, vorrangig hergestellt, weil sie fast immer einen höheren Profit bringen.
- In der Marktwirtschaft erfolgt der Konkurrenzkampf nach der kapitalistischen Wolfsmoral, der Schwächere und moralisch Bedenklichere wird gefressen. Es gibt auf den heutigen neoliberalen Märkten keinen fairen Wettbewerb mehr, es geht um die Zerstörung des Konkurrenten, wie wir das z. B. bei der „feindlichen Übernahme“ der DDR-Industrie durch die westdeutschen Monopole und Unternehmen erfahren haben.
- Die Marktwirtschaft kann nicht dafür sorgen, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen und in ihnen die gesellschaftlichen Kosten zum Aus-

druck kommen. Umweltschäden, die nicht unmittelbar im Produktionsprozess als Kosten entstehen, werden auf die Allgemeinheit und den Staat abgewälzt oder in die Zukunft verlagert. Preise reflektieren nicht einmal die wahren Produktionskosten. Durch die Freihandelsbestimmungen der EU dominiert das Wettbewerbsdenken das Umweltdenken.

- Die Marktwirtschaft kann keine Grenze bestimmen, wo die Befriedigung der Grundbedürfnisse aufhört und die Befriedigung überflüssiger Gelüste beginnt.
- Die Marktwirtschaft vermittelt den Käufern nicht, was für sie lebensnotwendig und was überflüssig ist. Oft wird Überflüssiges über Marktwerbung als besonders besitzenswert angepriesen.
- Die Marktwirtschaft hat keinen Maßstab und keine Vorwarneinrichtungen für die Endlichkeit von Ressourcen und gibt höhere Rohstoffpreise einfach an die Kunden weiter.
- Marktwirtschaft kann durch den Staat im Kapitalismus nicht kontrolliert werden. Der Markt entzieht sich der Kontrolle durch Bürokraten und Aufpasser, weil diese dann als Doppelbesetzung in jeder Firmenleitung tätig sein müssten.

In der Marktwirtschaft interessiert sich niemand für Moral oder Nachhaltigkeit, es gibt kein vorausschauendes Wirtschaften. Im Marktgeschehen sind nur der Umsatz und der Gewinn von Interesse. Darüber hinaus kann der Markt keinen Sinn stiften. Märkte haben keine „Selbsteilungskraft“, wie von ihren Vertretern behauptet wird.

Wenn der Staat keinen Rahmen („Leitplanken“) für alle Kapitalisten setzt und eine ökologisch orientierte Steuerungsfunktion ausübt, dann werden alle sozialen und ökologischen Bedenken und Schranken niedergerissen. Diesen Prozess können wir gegenwärtig, wo dem Staat durch den Weltmarkt und seine Institutionen immer mehr Souveränität weggenommen wird, verstärkt beobachten. Märkte sind ungeeignet zur Rettung der Menschheit. Es sind also tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen und eine völlig neue Struktur und Qualität des Wirtschaftens notwendig, um das Wachstum abzubremsen und aufzugeben.

8.2. Können in einer bürgerlichen Demokratie die gesellschaftlichen Verhältnisse umwelterhaltend verändert werden?

Parteien, die die Verteidigung der Bürger- und Umweltinteressen auf ihre Fahnen geschrieben haben, Linke wie Grüne, haben das Ziel, über Parliamentsmehrheiten ihre Ziele verwirklichen zu wollen. Bis zu einer Regierungs-

beteiligung haben sie das geschafft, aber nur sehr wenig verändert. Zum Beispiel ist in der BRD in den letzten 15 Jahren der Anteil der erneuerbaren Energie am Primärenergieverbrauch gerade mal auf unter 1 % gestiegen, wenn man die schon immer genutzte erneuerbare Energie aus Holzverbrennung und Wasserkraft nicht berücksichtigt. Er ist nicht auf Maßnahmen der Bundesregierung zurückzuführen. Die Energiekonzerne haben also mit Erfolg ihre fossile Energiegewinnung behauptet. Ein anderes Beispiel: Die Treibhausgaserzeugung ist in den letzten Jahren wieder angestiegen und nicht gefallen, die hehren Ziele wurden nicht erreicht. Da muss man sich dann die Frage stellen, ist eine umweltfreundliche Politik oder auch arbeiterfreundliche Politik in der bürgerlichen Demokratie überhaupt möglich.

Wie in Deutschland die Demokratie funktioniert, hat Hans Herbert von Arnim in seinem Buch: „Das System – Die Machenschaften der Macht“ (2001) geschildert. Er wird hier zitiert, weil er als Parteienkritiker fern von kommunistischen Ansichten die Wirklichkeit analysiert. Schon der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker kritisierte die Dominanz der „Machtversessenheit“ bei den Parteien. Die Haupteigenschaft der Berufspolitiker sei, ein Spezialwissen zu haben, wie man politische Gegner bekämpft, nach der Steigerung: Freund, Feind, Parteifreund.

Den Parteien geht es vor allem um die Erlangung der Macht und um die Besetzung des Verwaltungsstabes mit ihren aktiven Mitgliedern. Auch für die Politik gilt das Eigeninteresse nach Erfolg, Status, Geld und Posten wie überall in der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Machtpolitik geht vor Sachpolitik. Da werden, um an die Macht zu kommen, „ganze Herden heiliger Kühe geschlachtet“, die bisher im Parteiprogramm die Partei profilierten. Die Parteien sind eben auf Herrschaftsausübung ausgerichtete Machtkampfverbände. An der Spitze der Ministerien stehen keine ausgewiesenen Fachleute, sondern Leute, die zuallererst das Machtinteresse der eigenen Partei vertreten.

Neben ihren Mandaten gehen Politiker oft voll bezahlter privater Berufstätigkeit nach und/oder leisten bezahlte Lobbydienste für Unternehmen und Verbände. In diesen politischen Schattensystemen herrschen ähnliche Grundsätze der Zusammenarbeit wie in der Mafia.

Unter diesen „demokratischen“ Bedingungen kann der Wähler mit dem Stimmzettel gute Politik nicht mehr belohnen und schlechte nicht mehr abstrafen. Das sieht man deutlich in der jetzigen großen Koalition. Regierung und Opposition bilden ein „politisches Kartell“ (Kirchheimer 1957). Es entstand ein Ein-Parteien-Staat mit mehreren Parteien. Von den Bundestagsparteien ist nur die Linkspartei noch nicht ganz ins Kartell aufgenommen worden, aber sie übt schon mal in den Landtagen von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern und müht sich nach Kräften, um dies zu erreichen.

Die Unabhängigkeit der Abgeordneten in ihren Entscheidungen wird von zwei Seiten bedroht: einerseits von den Lobbyisten der Unternehmen und Verbände und andererseits von der Partei- und Fraktionsdisziplin. Da die Wirtschaft die Abgeordneten mit vielerlei Vergünstigungen bezahlen kann, werden die Vorschläge der Wirtschaft auch entsprechend berücksichtigt. Lobbyisten sitzen sogar in den Amtsstuben der Ministerien und arbeiten dort Vorschläge für die Regierung aus. Täglich kann man aus den Medien entnehmen, dass die Interessen der Wirtschaft erstrangig berücksichtigt werden. Selbst die Kanzlerin bricht eine Lanze für die Autoindustrie, damit diese die Umwelt länger vergiften darf. Nach der Wahl haben Wahlversprechen und Wahlprogramm keine Bedeutung mehr.

Das Demokratiesystem müsste reformiert werden, um ein Regieren im Interesse der Bürger, unserer Nachfahren und der Umwelt zu ermöglichen. Direktwahl des Kanzlers und der Parlamentarier, Grundsatz des freien Mandats ohne Fraktionsdisziplin, mögliche Abwahl von Abgeordneten, Volksbegehren und Volksentscheid müssen eingeführt werden, um eine direkte Sachentscheidung und Einflussnahme des Volkes, wie z. T. in der Schweiz, zu gewährleisten.

Nur wenn eine solche Demokratiereform durchgesetzt wird, bestehen, wenn auch begrenzte, Möglichkeiten, Entscheidungen der Regierung für den Erhalt der Umwelt und gegen Schadstoffeinträge in die Natur zu erzwingen. Das gilt auch für die Gebiete Arbeit und Soziales.

Der Staat hat heute die Aufgabe übernommen, für die Wirtschaft die externen Kosten für die Ausbeutung der Natur zu übernehmen und abzusichern. Der Staat ist schon lange ein Teil des Umweltproblems. Es fehlen die gesellschaftlichen und politischen Institutionen, die mit Macht ausgestattet sind, um den zukünftigen Wirtschafts- und Naturkatastrophen zu entgehen. Unternehmen werden zur Zeit nur „gebeten“, doch bitte „Selbstverpflichtungen“ einzugehen, an die sie sich dann nicht halten. Die Unternehmen werden mit Samthandschuhen angefasst, es könnte sonst der „Wirtschaftsstandort Deutschland“ leiden. Die Regierung geht gegen die Nutzer von Waren vor und nicht gegen die Hersteller. Dadurch werden dem Verbraucher kaum umweltfreundliche Produkte angeboten wie z. B. Autos mit Rußpartikelfilter und niedrigem Kohlendioxidausstoß. Die Industrie wird von Auflagen und Steuern verschont, der Verbraucher wird zur Kasse gebeten.

Im Zuge der neoliberalen und globalen Neuordnung der Welt ist die Rolle des Nationalstaates verändert worden. Hirsch und Brandt sehen das so: „Tatsächlich verliert der Nationalstaat in manchen Punkten seine Steuerungsfähigkeit und seine Souveränität über ein bestimmtes Territorium. Aber er verschwindet dabei nicht einfach, sondern transformiert sich in Richtung des stärker den globalen Konkurrenzbedingungen unterworfenen nationalen

Wettbewerbsstaates. Gleichzeitig findet aber auch eine Internationalisierung des Staates statt.“ Diese Entwicklung können wir für Deutschland im Rahmen der EU deutlich wahrnehmen. Die neoliberale Wirtschaftspolitik der EU und der NATO löst keine Weltprobleme, sondern führt zur militärischen Absicherung der Wirtschaftsinteressen der Industrieländer. Die territoriale Integrität der souveränen Staaten existiert für die USA und die NATO nicht mehr.

9. Welche weltpolitischen und wirtschaftlichen Maßnahmen könnten das Überleben der Menschheit sichern?

9.1. Energiegewinnung vollständig aus erneuerbaren Energien sichern

Dafür gibt es zwei wesentliche Gründe. Der wichtigste Grund ist die schnelle Beendigung des Klimagasausstoßes durch die vorherrschende Verbrennung fossiler Energieträger. Das Wuppertal-Institut legte 1996 eine Studie vor, derzufolge die Deutschen 11,5 t/a und Kopf Kohlendioxid-Emissionen verursachen, zulässig wären nur 2,3 t/a und Kopf.

Ein weiterer Grund ist der immer schwierigere, immer teurere und eines Tages versiegende Nachschub fossiler Energieträger. Das betrifft nicht nur Erdöl und Gas, sondern auch das heute als klimafreundlich angepriesene Uran als Kernbrennstoff, das in etwa 60 Jahren auch nicht mehr zu haben sein wird unter der Bedingung, dass die Anzahl der AKWs nicht zunimmt.

Erneuerbare Energie darf langfristig nur aus Sonne, Wind, Meereswellen, Wassergefälle, Erdwärme und Biostoffen, die keine Nahrungsmittel sind, gewonnen werden. Die Verwendung von Nahrungsmitteln wie z. B. Getreide, Mais und Zuckerrohr zur Erzeugung von Treibstoffen wird sich nur als Zwischenlösung halten und vom Bevölkerungszuwachs überholt werden. Schon heute wird durch Preiserhöhung von Mais für die Ethanolherstellung in den USA das Lebensmittel Mais-Tortillas in Mexiko für das Prekariat zu teuer. Auch die Verarbeitung von Roggen aus Ostdeutschland und Polen in Schwedt zu Ethanol als Treibstoffzusatz ist angesichts der 1 Mrd. hungern den Menschen in der Welt moralisch unverantwortlich.

Kann das Ziel, schnell auf erneuerbare Energie umzustellen, technisch und ökonomisch erreicht werden? Die deutschen Großkraftwerke müssen bis 2020 zu einem Drittel erneuert werden, günstige Voraussetzungen für einen Technologiewandel. Die vorhandene industrielle Kapazität reicht in Deutschland aus, um innerhalb von 20 Jahren die notwendige technische Ausrüstung an Windrädern, Photovoltaikanlagen, Biogaskraftwerken, kleinen Wasserkraft- und Pumpspeichieranlagen bereitzustellen. Investitionsmittel in Höhe von über 130 Mrd. € kann die Wirtschaft aufbringen. Eine Umstellung von fossiler Energie auf erneuerbare ist also möglich.

Die wirtschaftlichen Ziele auf dem Gebiet der Energieversorgung, einem der wichtigsten Umweltprobleme, müssen sein:

- Umstellung der Energiebasis auf erneuerbare Energie innerhalb von 10 Jahren. Dieser kurze Zeitraum ergibt sich aus den neuesten Klimafor-

schungsberichten. Technisch, kapazitätsmäßig und finanziell ist dieses Ziel in Deutschland bei großen Anstrengungen zu erreichen.

- Umstellung der Kraftfahrzeugflotte auf Antrieb aus erneuerbaren Energien innerhalb von 15 Jahren, umfangreicher Ausbau des ÖPNV und hohe Besteuerung des Flugverkehrs, so dass Flüge erst ab 1000 km in Anspruch genommen werden.
- Umstellung der Gebäudeheizung auf Thermosolaranlagen und Erdwärmennutzung innerhalb von 10 Jahren. Die Heizungen sind für ein Viertel des Kohlendioxidausstoßes verantwortlich. Gegenwärtig ist jede vierte Heizungsanlage in Deutschland veraltet und müsste erneuert werden. Das sind allein 4 Mio. Anlagen, die sofort auf erneuerbare Energie umgestellt werden müssten. Damit könnte der Klimawandel abgebremst, aber dennoch nicht mehr verhindert werden. Deutschland als Land der Hochtechnologie und Exportweltmeister muss die Initialzündung zu einer weltweiten Umstellung auf erneuerbare Energien auslösen.

9.2. Bevölkerungswachstum stoppen

Im 19. Jahrhundert sank in den Industrieländern durch verbesserte Hygiene und medizinischen Fortschritt die Sterberate, und immer mehr Kinder überlebten. Die Lebenserwartung stieg von 35 auf 76 Jahre, und die Geburtenrate blieb hoch, so dass die Bevölkerungsanzahl explodierte. Mit wachsendem Wohlstand sank die Geburtenrate. Kinder großziehen kostet Geld. Die gesetzliche Altersversicherung versorgte im Alter, Kinder waren eher hinderlich für das Konsumleben. Deshalb ging die Geburtenrate in den Industrieländern so stark zurück, dass in Zukunft die Bevölkerung schwindet, in Deutschland (BRD) ab 1971. Diese Entwicklung ist im reichen Viertel der Weltbevölkerung in fast allen Ländern zu finden.

Ganz anders die Lage in den Entwicklungsländern: Auch dort wurde durch Verbesserung der Hygiene, sauberes Trinkwasser, Antibiotika und bessere Ernährung die Sterberate gesenkt und die Geburtenrate erhöht. Heute kommen 95 % des Bevölkerungszuwachses aus Afrika, Asien und Lateinamerika. 1951 betrug die Weltbevölkerung nach UNO-Statistiken 2,5 Mrd. Menschen. Binnen 30 Jahren erfolgte fast eine Verdopplung auf 4,4 Mrd. Menschen. Die nächsten Milliarden Schritte werden nur etwa 10 Jahre dauern. Die Menschheit wächst progressiv, und ein Ende ist nicht abzusehen. Heute (Februar 2007) haben wir bereits 6,6 Mrd. Menschen auf der Erde. Die neuesten Prognosen der UNO sagen für 2050 eine Weltbevölkerung von 9,5 Mrd. Menschen voraus.

Aber die Entwicklungsländer können sich nicht nach dem Modell der Industriestaaten, was diese immer wieder empfehlen, zum Wohlstandniveau des Westens erheben. Die Konsumzunahme wie in den Industriestaaten blieb aus, weil es in diesen Rohstoffe liefernden Staaten nicht zur Industrialisierung kam. Sie wird von den Industrieländern verhindert. Eine Altersversorgung war und ist in diesen Ländern nur durch die eigenen Kinder, insbesondere durch die Söhne, gewährleistet. Deshalb wird Kindersegen nach wie vor positiv gesehen.

In den großen Entwicklungsländern, wie in China und Indien, kam die Industrialisierung voran, erreichte aber lange nicht den Stand der Industrieländer, obwohl China im nächsten Jahr wahrscheinlich den Exportweltmeister Deutschland überholen wird. In China wurde durch die Einkinder-Politik das Wachstum der Bevölkerung abgebremst, aber es wird dennoch bald 1,5 Mrd. Chinesen geben. Ebenso muss in Indien und in ganz Afrika jeweils mit 1,5 Mrd. Menschen in einigen Jahrzehnten gerechnet werden. 2020 rechnen die Demographen mit weit über 7 Mrd. Menschen auf der Erde, was noch große Probleme mit sich bringen wird. Selbst unter der Annahme, dass bis 2150 die Kinderzahl pro Frau nur 2,2 beträgt, würde die Menschheit immerhin noch auf 11,5 Mrd. Menschen anwachsen.

9.3. Umstellung der Ernährung in den Industriestaaten

Soll es in der Welt gerecht zugehen, dann dürfte nur jeder die gleiche Bodenfläche für seine Ernährung beanspruchen. Die Ackerfläche je Kopf der Weltbevölkerung wurde von verschiedenen Autoren berechnet (Wackernagel, Rees, UNO, FOE Europe) und mit 1000 bis 2000 m² ermittelt. Ursache der unterschiedlichen Werte sind die in die Berechnung eingegangenen Bevölkerungszahlen. Mit durchschnittlich 1500 m² muss jeder Mensch für seine Ernährung und Kleidung (Baumwolle) auskommen. Wer jeden Tag Fleisch und Wurst isst, der überschreitet diese Bodenfläche. In den letzten 50 Jahren hat sich der Fleischverzehr in den Industrieländern verfünffacht. Ein US-Bürger verzehrt 112 kg im Jahr und ein Inder nur 2 kg. Heute gehen 40 % der Getreideproduktion, 50 % der Fischfänge sowie 70 % der pflanzlichen Öle und 30 % der Milch in die Mägen der Rinder, Schweine und des Geflügels (Sopper, M.; Salmhofer, C. 2000). Fleischnahrung hat einen sehr hohen Flächenverbrauch. Obwohl Europa ein Agrarexportland ist, werden durch die EU im Ausland Flächen für die Getreide- und Sojaerzeugung beansprucht, die der Agrarfläche Deutschlands entsprechen.

Der neoliberale Kapitalismus hat ein System der Umverteilung der Reichtümer dieser Welt installiert, das in der Dritten Welt zur Zerstörung traditioneller landwirtschaftlicher Strukturen und Anbaumethoden und zur Einführung der

Plantagen- und Großflächenbewirtschaftung mit industriemäßigen Anbaumethoden und häufig Monokultur geführt hat. Die Kleinbauern wurden auf die weniger fruchtbaren Böden verdrängt. Mit diesem System wird der Hunger in diesen Ländern chronisch.

Jeder Amerikaner benötigt heute 7,9 ha Fläche, jeder Inder aber nur 0,59 ha. Wenn alle Menschen dieser Erde so viel Fläche benötigten wie die US-Amerikaner, brauchten wir 3 Erdbälle. Nordamerika ist so dünn besiedelt, dass bei gerechter Verteilung der Anbauflächen auf die Erdenbewohner dort zusätzlich eine Milliarde Menschen satt werden müssten. Damit wird klar, dass wir uns so wie bisher nicht weiter ernähren können. Es geht nicht einmal so sehr um die ungesunden fetten Bäuche, es geht um die radikale Umstellung der Essgewohnheiten, d. h. die Senkung des Fleischverbrauchs auf ein Fünftel des Gegenwärtigen - so wie vor 50 Jahren nur 2-mal die Woche Fleisch und nicht jeden Tag wie heute. Also nicht nur „Friss die Hälfte“, sondern auch mehr Kartoffeln, Gemüse, Obst und Hülsenfrüchte. Wir sollten auch nicht vergessen, dass unser Hund, so wie einen haben, mehr Nahrung erhält als zwei Drittel der Erdenbewohner gegenwärtig konsumieren.

Auf dem Gebiet der Nahrungsgüterproduktion ist das Wachstum der letzten 50 Jahre nicht länger durchzuhalten. In den Industrieländern gibt es Überfluss, in den Ländern der Dritten Welt Hunger. Die Lebensmittelproduktion wird in Europa von der EU subventioniert, um die Preise und damit Lebenshaltungskosten niedrig zu halten. Damit werden die wahren Produktionskosten verschleiert und Vorteile für den Absatz der Überschussproduktion auf dem Weltmarkt geschaffen. In den USA geschieht das ebenfalls.

9.4. Produktionsprozesse entgiften

Die durch die Wegwerfgesellschaft und die Erhöhung des Produktionsausstoßes immer größer werdenden Abfallberge führen zur Verseuchung des Wassers, des Bodens und der Luft. Dadurch werden nicht nur die örtlichen Biosysteme überfüllt, sondern das ökologische Gleichgewicht in ganzen Regionen und Ländern wird gestört. Giftmüll produzierende Technologien werden in Länder der 3. Welt verlagert, wo es keine oder weniger scharfe Umweltvorschriften als in den Industrieländern gibt.

Es ist zur Zeit noch unbekannt, welche Absorptionsfähigkeit unsere Erde für die von uns freigesetzten Stoffe hat. Die Konzentrationen derjenigen Schadstoffe, die exakt über einige Jahre gemessen werden, nehmen exponentiell zu. Die Emissionen sind seit 1970 weltweit um rund zwei Drittel gestiegen. Über die maximalen Grenzwerte wissen wir noch wenig. Die zeitliche Verzögerung bei natürlichen Vorgängen vergrößert die Wahrscheinlichkeit, dass wir bei einigen Schadstoffen die Grenzwerte bereits überschritten haben (z. B.

Kohlendioxid, Bleiniederschläge). Bereits 40 % der Deutschen leiden unter Allergien. Viele Schadstoffe werden über die ganze Erde verbreitet und die Wirkungen können sehr weit entfernt auftreten (DDT-Anreicherung in den Körpern der Eskimos in Alaska). Fest steht, dass die Umweltverschmutzung exponentiell anwächst.

Die technischen Möglichkeiten, eine Industrie, die keine oder wenige Umweltgifte entlässt, zu schaffen, sind heute schon vorhanden. Aber eine solche Umstellung, so wurde für die USA errechnet, würde im Falle der starken Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes etwa 200 Mrd. \$ kosten. Da macht die Industrie nicht mit, das würde die Profite senken. Lieber nimmt man eine weitere Verschlechterung der künftigen Umweltbedingungen in Kauf oder sogar den Kollaps des Klimasystems der Erde.

Zwischen der Umweltverschmutzung und der Gesundheit der Menschen besteht ein enger Zusammenhang. Die Luftverschmutzung begünstigt Bronchitis, Asthma und Lungenkrebs. In den Nahrungsmitteln finden sich immer mehr Pestizide über den staatlich zugelassenen Verschmutzungswerten. Die ökologische Wirkung der Kernenergie über längere Zeiträume ist unbekannt.

Es ist also dringend geboten, den Schadstoffausstoß der Industrie, der Autos und der Heizungen erheblich zu senken. Nun ist bekannt, dass die Kosten für die Schadstoffvermeidung mit dem Grad der verlangten Reinheit progressiv zunehmen. Es ist also besser, die Forderung zu erheben, dass Produktionsprozesse, die viel Schadstoffe ausscheiden, erst gar nicht zugelassen werden. Die Chemieindustrie könnte zum Beispiel auf biologische Rohstoffe umgestellt werden, wie das bei einigen Farben schon der Fall ist. Technologische Lösungen würden sich beim heutigen Stand von Wissenschaft und Technik bestimmt finden lassen. Der Staat und die Industrie müssen nur Kapital investieren, was die Wirtschaft aus Profitgründen aber nicht macht. Erst wenn Erdöl, Erdgas und Kohle nicht mehr zur Verfügung stehen und die bisher produzierenden Anlagen dreimal abgeschrieben sind, dann wird die Industrie auf biologische Rohstoffe zurückgreifen. Erst wenn das Industriesystem wegen Rohstoffmangels kollabiert, werden die Kapitalisten etwas unternehmen. Das sind düstere Aussichten, aber sie sind realistisch.

9.5. Materialverbrauch um 80 % senken

Heute ist unbestritten, dass 20 % der Weltbevölkerung, die in den Industriestaaten leben, etwa 80 % der Ressourcen verbrauchen. Alle Umweltschützer verlangen deshalb, den Materialverbrauch der Industriestaaten um 80 % zu senken. In den Szenarien der Menschheitsrettung des Club of Rome (1. Bericht: Meadows, D. 1972) wurde bereits verlangt: „Der Verbrauch der natürlichen Rohstoffe pro Einheit der industriellen Erzeugung wird ab 1975

auf ein Viertel des Wertes von 1970 reduziert, um Mangelercheinungen an nicht regenerierbaren Rohstoffen zu verhindern.“ Und im neuen Bericht an den Club of Rome „Faktor vier“ von 1995 wird verlangt: „Ohne Halbierung des Naturverbrauchs können die ökologischen Gleichgewichte nicht wiederhergestellt und die Lebensgrundlagen nicht langfristig gesichert werden.“ Diese Halbierung betrifft die ganze Weltproduktion, und die Industriestaaten haben entsprechend mehr einzusparen. Schmidt-Bleek vom Wuppertal-Institut verlangt sogar eine Dematerialisierung unserer Wertschöpfung um den Faktor 10 (Schmidt-Bleek, F. 1994).

Erreicht werden soll das durch die Neuausrichtung des technischen Fortschritts mit dem Ziel, die Ressourcenproduktivität zu vervierfachen. Allerdings, so wurde erkannt, würde sich das für die Shareholder erst in der nächsten und übernächsten Generation auszahlen. Wenn gewartet würde, dann wäre das Kapital ohnehin ganz verloren, ist das Argument, mit dem man die Kapitalisten zur Einsicht bringen will. Aber das Kapital sucht weiterhin Plätze höchster Gewinnspannen, und die bieten sich heute vor allem im Bereich der Ressourcenausbeutung, Marktausweitung, Arbeitsrationalisierung und Verstärkung der internationalen Arbeitsteilung, und nicht auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der Ressourcenschonung. E. U. von Weizsäcker kommt zur Erkenntnis: „Selbst objektiv verfügbare Potentiale von Ressourceneffizienz werden von den Kapitaleignern links liegen gelassen, wenn sie noch die Chance haben, ihre Investitionen gewinnbringend abzuschreiben.“ Und man könnte ergänzen, besonders dann, wenn die Investitionen noch nach der Abschreibung weiter arbeiten. Längere Laufzeiten für Kraftwerke, keine Produktionsumstellungen der Fließbänder für neue Modelle, die sparsamer im Ressourcenverbrauch sind. Der von Wissenschaftlern empfohlene Zeitgewinn bei der Lösung der Weltprobleme durch eine Effizienzrevolution wird von der Wirtschaft nicht akzeptiert, die Gewinne würden vorübergehend sinken.

Ein weiterer Vorschlag, den Ressourcenverbrauch zu senken, ist die Verschiebung der Wertmaßstäbe der Gesellschaft weg von den Gebrauchsgütern und hin zu mehr Dienstleistungen, wie z. B. Erziehung und Gesundheitswesen. Allen diesen Vorschlägen ist gemeinsam, dass man den Kapitalismus, die Marktwirtschaft und die Industrialisierung nicht aufgeben will und Reformen vorschlägt, die beim gegenwärtigen und zukünftigen Kräfteverhältnis im neoliberalen Kapitalismus nicht realisiert werden können.

Der Club of Rome machte an Unternehmer und Politiker 50 konkrete technologische Vorschläge auf den Gebieten Energieproduktivität, Stoffproduktivität und Transportproduktivität. Alle diese Vorschläge sind realisierbar und wurden dennoch weltweit nicht beherzigt. Auch die Autoren kommen zum Schluss, dass es in den 150 Jahren Industrialisierung keinen Grund gab, die

Ressourceneffizienz bewusst zu fördern, außer vielleicht in Kriegs- und Embargozeiten. „Das Kapital erwartet typischerweise Renditen von mindestens 15 % pro Jahr. Diese Rate ist, wenn man sich die Ressourceneffizienz zum Ziel gesetzt hat, nicht leicht erreichbar.“ Und deshalb unterbleibt sie im Kapitalismus.

Wenn nun klar geworden ist, dass die kapitalistische Wirtschaft kein Interesse an einer Senkung des Materialverbrauchs und oft nicht einmal an einer Steigerung der Materialeffizienz hat, dann muss die Frage gestellt werden, was kann denn der Verbraucher tun, um seinerseits die Zielstellung - Reduzierung des Materialverbrauchs um 80 % - zu erreichen. Ist das eine Utopie oder im praktischen Leben erreichbar?

Untersuchen wir das anhand der Statussymbole Eigenheim, Auto und Urlaub im Ausland.

Kann man ein Eigenheim mit 20 % des Materials bauen, das heute üblicherweise verbraucht wird? Es gibt bereits Beispiele, die das vorgemacht haben. Man kann bei einem Hausbau auf das komplette Dach mit hölzernem Dachstuhl, Dachziegeln, Regenrinne usw. verzichten, wenn man über den Wohnräumen Erde aufschüttet. Eine Konstruktion aus Betonplatten als Decke und Mauern aus Ziegeln ist heute weder ein statisches noch physikalisches Problem. Die Wärmedämmung aus natürlichen Stoffen mit Verzicht auf Produkte der Chemieindustrie ist beim heutigen Angebot örtlich zu lösen. Solarwärme wird zur Fußbodenheizung gewonnen. Dieses Projekt führt zu keiner Versiegelung des Baugrunds. Es könnten mindestens die Hälfte des Baumaterials und die Hälfte der Baukosten eingespart werden.

Kommen wir zum Auto, dem liebsten Spielzeug der Männer. Die Forderungen der EU zur Senkung des Flottenverbrauchs an Kohlendioxid wird von Politikern als Rückfall zum Kleinwagen abgelehnt. Diese Politiker sind nur Sprachrohr der Autoindustrie, die einen Einbruch bei den Profiten befürchtet und das mit dem Schreckgespenst Arbeitsplatzabbau verhüllt. Ziel im Automobilbau, der etwas weniger als ein Drittel aller Klimagase zu verantworten hat, müsste heute sein: Verzicht auf Verbrennungsmotoren und fossile Energieträger. Auch die Beimischung von Ethanol löst keine Zukunftsprobleme, denn die Umwandlung von Nahrungsmitteln wie Raps, Roggen, Weizen, Mais und Zuckerrohr in Kraftstoffe für unsere Autos wird mit zunehmender Weltbevölkerung nicht mehr zu verantworten sein.

Muss man dann auf das Auto verzichten und auf den ÖPNV umsteigen? Wo es machbar ist, sicher die beste Lösung. Aber das muss nicht sein. Autos können auch mit Elektroenergie angetrieben werden, die aus erneuerbaren Quellen stammt. Dann kann man ohne Klimagasausstoß auch individuell mobil sein. Es gibt schon Elektroautos, nicht nur von kleinen Unternehmen, son-

dern z. B. vom Autokonzern Citroen. Der Citroen AX electric hat einen Verbrauch von 13 kWh/100 km . Den Strom zum Aufladen der Batterien kann man sich mit einer Photovoltaikanlage von 10 m² auf dem eigenen Dach erzeugen. Für den Individualverkehr bis zu einem Umkreis von 100 km ist diese Lösung geeignet, wo man ohnehin nicht schneller als 80 km/h fahren sollte oder kann. Bei weiteren Entfernungen muss man den ÖPNV nutzen, der nur 20 % der Energie des Autos beansprucht. Also auch hier gibt es schon Lösungen, wenn man über seinen eigenen Schatten springt und das Auto als Statussymbol hinter sich lässt.

Im Ausland möchte man Urlaub machen, und das gilt bei den Mittel- und Besserverdienenden als Statussymbol. Der Weltluftverkehr hat sich von 1960 bis 1990 verzehnfacht und in den darauffolgenden Jahren jährlich um 5 % gesteigert. Zwar wurde der Treibstoffverbrauch durch effizientere Antriebe halbiert, aber der absolute Treibstoffverbrauch stieg um 50 % an. In den üblichen Flughöhen von 9 bis 12 km sind die Abgasemissionen des Kerosins besonders schädlich. Die Verweildauer des Kohlendioxids steigt wegen der niedrigen Temperaturen in diesen Höhen beträchtlich an. Die Klimabelastung eines Ehepaares bei einem Flug von Europa in die Karibik entspricht im Benzin-(Kerosin-)Verbrauch etwa 100 000 km Autofahrt. Obendrein unterstützen die Regierungen den Flugverkehr durch Steuerbefreiung des Kerosins. Schlussfolgerung für den Bürger sollte es sein, auf Flugreisen ins ferne Ausland zu verzichten, lieber mit dem Schiff zu fahren oder im Inland Urlaub zu machen. Zudem wird es durch den Klimawandel bei uns immer wärmer, und wir brauchen gar nicht mehr in den Süden zu fahren, der Süden kommt zu uns.

Mit diesen unvollständigen Beispielen soll gezeigt werden, dass durch Werbung nicht manipulierbare Bürger sehr wohl auch im umweltfeindlichen Kapitalismus etwas zum Erhalt der Umwelt tun können.

10. Fazit

Ohne ökologische Nachhaltigkeit ist die Existenz der Menschheit bereits in 3 bis 4 Generationen gefährdet. Spätestens dann sind die wichtigsten endlichen Rohstoffe verbraucht, der Klimawandel hat große Erdengebiete unbewohnbar gemacht, die Ernteerträge gehen zurück und viele Menschen müssen Hungers sterben; der Schadstoffeintrag hat viele ökologische Kreisläufe und Biotope irreversibel geschädigt.

Der bekannte amerikanische „weltweit einflussreichste Denker“ (Washington Post) Lester R. Brown sagte 2007 (Brown, L. R. 2007): „Der größte Wohlstandsverlust wird dann kommen, wenn wir den Wandel nicht bewerkstelligen. Wenn wir die Strukturen aufrecht erhalten, wird diese Zivilisation untergehen, es wäre nicht die erste.“

Es ist nicht „eine Minute vor Zwölf“, wie Bundesverkehrsminister Tiefensee am 18.2.2007 bei Sabine Christiansen einschätzte, sondern es ist, wie seine Kanzlerin kürzlich sagte, weit nach Zwölf, denn die Zerstörung des Planeten ist auf vielen Gebieten schon unumkehrbar und weit fortgeschritten.

Wir haben schon nicht mehr die Wahl, ob zuerst die Umwelt, das Soziale oder die Ökonomie ausschlaggebend für Entscheidungen zum Erhalt der Gesellschaft sind, sondern heute muss die Ökologie bereits grundsätzlich Vorrang haben. Das gilt nicht nur für Entscheidungen, die sich erst zukünftig auswirken, sondern das gilt für alle heutigen Entscheidungen.

Für das Kapital haben allerdings immer die Ökonomie und der Profit Vorrang und die Wirtschaft versucht, die Gefahr zu bagatellisieren, hintertreibt eigene Selbstverpflichtungen oder verschiebt sie in die Zukunft und bringt alle gesetzlichen Vorhaben vor Annahme zu Fall. Hauptursache für die Zerstörung des Planeten ist also die kapitalistische Wirtschaft, die, von der Profitpeitsche angetrieben, unbeeindruckt vom absehbaren Rohstoffmangel, dem im Gang befindlichen Klimawandel und der Schädigung vieler Biotope weiter auf Wachstum der Wirtschaft setzt, weil nur so die Profitmasse gesichert werden kann.

Wird dieses Wirtschaftswachstum nicht gestoppt und in den Industrieländern zurückgefahren, dann wird letztendlich entweder der Klimaschock, der Rohstoffmangel oder die Umweltvergiftung dieser Produktionsweise ein Ende bereiten. Bei der absoluten Macht der neoliberalen globalen Konzerne über unsere Welt ist ein Umsteuern durch das Kapital nicht zu erwarten.

Die einzige Chance der Menschheit ist, diese Entwicklung zu erkennen und noch vor dem Chaos eine Bewegung zu entfalten, die dem Kapital die Stirn bietet und einen ökologischen Umschwung einleitet. Dazu benötigen wir Ökopioniere und Nichtregierungsorganisationen, die diese Bewegung leiten

und ihr Ziele setzen. Sich auf Parteien zu stützen, hat wenig Hoffnung auf Erfolg, weil weder die Grünen noch die Linken die „Systemfrage“ stellen, die zur Änderung der gegenwärtigen Strukturen notwendig ist.

Eine Aufgabe des Staates wäre die Regulierung der Marktwirtschaft zu einer „ökologischen“ Marktwirtschaft. Es muss gesichert werden, dass die externen Kosten von Produktionen internalisiert (den Unternehmen angelastet) werden und die Unternehmen diese externen Kosten aus ihren Profiten zu tragen haben und nicht die Verbraucher über Preiserhöhungen. Diese Forderung kann aber nur in weltweiter Abstimmung mindestens der Industrieländer zum Tragen kommen, was bei der Haltung der USA sehr unwahrscheinlich ist. Auch andere Vorschläge zur Regulierung des Marktes, die von NGO und Parteien gemacht worden sind, wurden von den Vertretern des Monopolkapitals vehement abgelehnt: Die Freiheit der Wirtschaft wäre in Gefahr! Von einem Staat, der fest in den Händen der Wirtschaft ist und dessen Vertreter in der Mehrzahl persönlich an der Steigerung der Gewinne interessiert sind, können antikapitalistische Maßnahmen nicht erwartet werden.

11. Linke Wachstumskonzepte

Wachstum als Wirtschaftsziel wurde bei den Ökonomen der DDR weder hinterfragt noch angezweifelt, war doch das „Ökonomische Grundgesetz des Sozialismus“ (1975) die „Sicherung der höchsten Wohlfahrt und der freien allseitigen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft auf dem Wege des ununterbrochenen Wachstums und der Vervollkommnung der gesellschaftlichen Produktion“. Im gleichen Jahr vertrat W. Harich (Harich, W. 1975) in Auswertung des 1. Berichtes des Club of Rome eine andere Meinung, dass nämlich nur ein starker, hart durchgreifender asketischer Zuteilungsstaat mit einer Zuteilungsbürokratie, die unumschränkt herrscht, ein wachstumsloses ökologisches Gleichgewicht im Interesse der Erhaltung der Biosphäre herstellen kann. Das waren die beiden diametral entgegengesetzten Meinungen der damaligen Zeit, wobei Harichs Theorie auf die Wirtschaft der DDR keinen Einfluss hatte.

Otto Reinhold, führender DDR-Ökonom, stellte 1974 fest, dass „die Forderung nach einem Nullwachstum in Widerspruch zur kapitalistischen Ordnung steht“ und „angesichts der wissenschaftlich-technischen Revolution und der vielen ungelösten Probleme, vor denen die Menschheit steht, bedeutet Stagnation in Wirklichkeit Rückschritt, Verzicht auf die Lösung dieser Probleme. Weder kann der Hunger in großen Teilen der kapitalistischen Welt überwunden werden, noch allen Menschen eine umfassende Bildung gesichert, noch können die neuen Erkenntnisse der Wissenschaft im Interesse der Gesellschaft genutzt werden, wenn die Produktion nicht wächst.“ Diese Argumentation stimmte mit den Ansichten konservativer westlicher Ökonomen überein und Harich (Harich, W. 1975) meinte: „Auch nach Reinholds Logik ist somit das Fortbestehen des kapitalistischen Systems zu begrüßen, da es Nullwachstum nicht zulässt, da eine solche reaktionäre Forderung zu ihm in Widerspruch steht.“ Die Ökonomen der Linkspartei haben die Traditionslinie der DDR-Ökonomie nahtlos fortgesetzt, Wirtschaftswachstum ist notwendig, sowohl für den Sozialismus als auch für den Kapitalismus.

Es gibt zur Zeit in Deutschland keine einzige Partei, die den Wählern die Wahrheit über das Ende des Wirtschaftswachstums sagt. Die Grünen nicht und auch die Linkspartei nicht. Keiner wagt es, den Wählern eine Schrumpfung der Wirtschaft und eine Absenkung des materiellen Verbrauchs als langfristiges Ziel zu offerieren. Sehr wohl gibt es Bundestagsabgeordnete, die die Wirtschaftsentwicklung erkennen, allein, sie dürfen das nicht offiziell verkünden.

Alle Parteien wollen die gegenwärtigen Probleme mit Wirtschaftswachstum lösen, auch die Linkspartei. Allerdings soll es sich dann um ein „qualitatives Wachstum“, um „eine Veränderung des Typs von wirtschaftlichem Wach-

stum“, um eine „neue Art des wirtschaftlichen Wachstums“ oder „eine alternative Produktions- und Wirtschaftsweise“ handeln, wie das im noch gültigen Parteiprogramm von 2003 angestrebt wird.

Zwar wird dort auch „eine radikale Ökologisierung der Gesellschaft“ und „Sozialismus als eine Bewegung ... gegen die Ausplünderung der Natur“ angepriesen und „gesellschaftliche Kontrolle“ und „sozial-staatliche Regulierung“ sollen die „Vorherrschaft der Kapitalverwertungsinteressen abschwächen“, aber dennoch „ist wirtschaftliches Wachstum notwendig“. Es wird zwar erkannt, dass „profitorientierte Wirtschaftsinteressen die Naturgrundlagen menschlichen Lebens in Frage stellen“ und dass „die krassen Gegensätze des Kapitalismus ... zur globalen Existenzgefährdung der Weltgesellschaft geworden“ sind und dass der „ökologische Raubbau an der Natur gestoppt werden muss“ und dass „die Natur das am meisten gefährdete Gut der Menschheit ist“, aber dennoch wäre Wirtschaftswachstum „für die Überwindung der globalen Armut unverzichtbar“.

Zum „ökologischen Umbau der gegenwärtigen Produktions- und Lebensweise“ kann nur gesagt werden, dass dieser „umfassender und komplizierter sein wird, als alle vorhergegangenen Umwälzungen und Reformen in der Geschichte der Menschheit“. Als Lösungsweg werden nur „eine Effizienzrevolution in Produktion und Verbrauch“ und „umweltverträgliche alternative Lebensweisen“ empfohlen. Es reicht nicht aus, „Eigentumsformen ..., welche die Lebensgrundlagen untergraben und vernichten, ... zurückzudrängen und zu überwinden“. Sie müssen sofort beseitigt werden, wenn die Menschheit überleben soll. Ein „Abschwächen der Kapitalverwertungsinteressen“ kann eben nicht realisiert werden, solange „Wirtschaftswachstum notwendig ist“. Von den Unternehmen wird nur „soziale Verantwortung“ gefordert und keine ökologische Verantwortung. Die Erkenntnis, dass die „neoliberale Wirtschaftsstrategie zur ökologischen Zerstörung“ führt, hat im Parteiprogramm zu keinen Vorschlägen für konkrete Gegenmaßnahmen geführt.

Alles in allem eine Programmgestaltung voller Widersprüche und ohne klare Linie, wie denn nun die Zukunftsfragen der Menschheit konkret gelöst werden sollen.

Klaus Steinitz, ein linker Ökonom, der sich schon mehrfach zum Wirtschaftswachstum geäußert hat, vertritt in seinen Auffassungen im Wesentlichen die Forderungen des Parteiprogramms. 2006 hat er seine Ansichten erneut ausführlich begründet (Steinitz, K. 2006). Er kommt, so wie fast alle Ökologen, zum Standpunkt. „Ein exponentielles ökonomisches Wachstum gerät immer mehr in Widerspruch zur Endlichkeit der natürlichen Umwelt und kann nicht dauerhaft fortgesetzt werden.“ Diese Erkenntnis führt ihn aber nicht zu „einem Abbau der generellen Wachstumspotentiale, sondern (zu) einer langfristigen Verringerung solcher Wachstumspotentiale, die auf einer relativ starken In-

anspruchnahme natürlicher Ressourcen beruhen“ - also differenziertes Wirtschaftswachstum light. So wie viele Ökonomen nimmt er nicht zur Kenntnis, dass die wirtschaftlichen Wachstumsgrenzen auf vielen Gebieten bereits überschritten sind, z. T. irreversibel, und dass auch mit Effizienzsteigerung, Strukturverschiebungen und wissenschaftlich-technischem Fortschritt in der existierenden globalen kapitalistischen Wirtschaft ein Umsteuern nicht mehr möglich ist.

Von Steinitz wird ein „linkes Wachstumskonzept“ gefordert und die Lösung der Umweltprobleme durch eine „sich dynamisch entwickelnde Wirtschaft“. Erkannt wird, dass auch ein „Nullwachstum“ oder „negatives Wachstum“ ohne einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft die Umweltzerstörung fortsetzt. Es wird auf die Staatsmacht gesetzt, die die marktwirtschaftlichen Prozesse im Sinne der Umwelterhaltung regulieren soll. Steinitz sind auch die „Systemgrenzen der auf den Profit gerichteten kapitalistischen Produktionsweise“ und „die ihr immanenten Konflikt- und Zerstörungspotentiale“ sehr wohl bewusst, weshalb wir eben langfristig „weitgehend ohne materielles Wirtschaftswachstum“ auskommen müssen.

In der Steigerung der Effizienz beim Rohstoff- und Energieverbrauch sieht Steinitz einen Weg, um den Inhalt des Wachstums zu verändern hinsichtlich seiner Struktur, seiner Qualität und seinem stofflich-gebrauchswertmäßigen Inhalt. Die Lösung der Umweltprobleme könne nur mit einer leistungsfähigen, effizienten und sich dynamisch entwickelnden Wirtschaft erfolgen. Wissenschaft und Technik haben für Steinitz eine Schlüsselfunktion für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Den Industrieländern wird geraten, die Ressourcenproduktivität mindestens in einem solchen Tempo zu erhöhen, wie die Wirtschaft wächst, d. h. zu verhindern, dass der absolute Verbrauch an natürlichen Ressourcen weiter zunimmt. Dagegen herrscht weltweit unter Umweltexperten Einigkeit, dass Energie- und Rohstoffverbrauch bis 2050 auf rund die Hälfte reduziert werden müssen, in den Industrieländern auf 20 %.

Steinitz schlägt vor, die linke Wirtschaftspolitik als Instrument der Verbesserung des Lebens der Menschen zu sehen und Wirtschaftswachstum enger mit sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu verknüpfen. Ziel sei, der Wirtschaft die Aufgabe zu stellen, die Umwelt zu erhalten und das ökologische Gleichgewicht zu fördern. Als weiteres Ziel, das sich aus Nachhaltigkeitsforderungen ergibt, wird die intergenerative Gerechtigkeit und die international-globale Gerechtigkeit genannt. Wirtschaftswachstum dürfe nicht mehr allein an der eingeschränkten Aussagekraft des BIP gemessen werden, sondern muss durch ökologische Kennziffern und Wohlstandsindikatoren ergänzt werden. Nach Steinitz ist Voraussetzung für umweltfördernde Verhaltensweisen ein bestimmtes Maß in der Befriedigung von Grundbedürfnissen und Gewährleistung von sozialer Sicherheit.

Allerdings stellt Steinitz auch die Frage, ob überhaupt Möglichkeiten bestehen, in der real existierenden globalen kapitalistischen Wirtschaft von heute das Wachstum hinsichtlich der Struktur, der Qualität und der Umweltauswirkungen zu beeinflussen.

Es wird aber von Steinitz klargestellt, dass nicht das Wirtschaftswachstum allein der eigentliche Streitpunkt ist, sondern dass die Umweltschäden von der gesamten Produktion verursacht werden und nicht allein durch den Wachstumsanteil. Also muss die gesamte Produktionsqualität verändert werden, einschließlich der einfachen Reproduktion. Diese höhere Qualität soll allein durch höhere Ressourceneffizienz erreicht werden und damit der gesamte Reproduktionsprozess ökologisiert werden. Die Veränderung der Struktur der Produktion soll erreicht werden durch Verwendung von erneuerbaren Energien und erneuerbaren Rohstoffen und eine Verschiebung hin zu humanen Dienstleistungen. Geschafft werden soll das alles mit einer Regulierung des Marktes durch den Staat. Der Staat soll die Investitionen, die Innovationen und die Internalisierung der externen Kosten lenken und bestimmen (Planwirtschaft?).

Nach Steinitz wäre ein Wachstumsverzicht unrealistisch und falsch, selbst wenn es gelingen sollte, mittelfristig (3 bis 10 Jahre) einen bestimmten Politikwechsel zu erreichen. Nur langfristig könne man davon ausgehen, dass grundsätzlich ein Vorrang der Ökologie besteht, weil dann die zukünftige Existenz der Menschheit gesichert wäre.

12. Politischer Standpunkt der Ökoplatzform zum Wirtschaftswachstum

Zukünftig ist nur noch eine ökologische Gesellschaftsstrategie möglich, die das Ziel der Überwindung des verschwenderischen großindustriellen „westlichen“ Gesellschaftsentwurfs hat. Das gilt eigentlich unabhängig von der Gesellschaftsform. Weder dem Realsozialismus noch dem Kapitalismus ist es bisher gelungen, die drängenden Probleme der Menschheit zu lösen. Offensichtlich ist, dass beide Gesellschaftsformen die Lebensgrundlagen der Menschheit schon weitgehend zerstört haben und weiterhin zerstören. Ursache ist vor allem das ungebremste industrielle kapitalistische Wachstum.

Jede Industrienation und alle Länder, die den US-Amerikanern und Europäern nacheifern, stehen heute vor der Aufgabe, den Materialverbrauch und die Verwendung fossiler Energien um 80 % zu senken. Tun sie es nicht, dann wird es eine wirtschaftliche und ökologische Katastrophe noch in diesem Jahrhundert geben. Die vor 35 Jahren durch den Club of Rome geforderte Zielsetzung zur Beendigung des Wachstums wurde bisher weder von den Unternehmern noch den Parlamentariern und schon gar nicht durch die Wissenschaftler und Ingenieure in Angriff genommen, ja, sogar nicht einmal ansatzweise diskutiert. Autoren, die dieses Ziel ernsthaft erörtert haben, wurden verlacht und angefeindet. Soviel ist heute fast jedem klar geworden: Gelingt es z. B. nicht, den Verbrauch fossiler Energien radikal zu senken, dann wird der überwiegende Teil der Menschheit in einem „Höllenklima“ umkommen (Lovelock, J. 2007). Die Erschöpfung der Lagerstätten für fossile Energieträger und wichtige industrielle Ressourcen wird von den wenigsten Menschen als Problem erkannt und trifft ja „nur“ unsere Enkel. Nach uns die Sintflut, ist die Devise der kapitalistischen neoliberalen Marktwirtschaft.

„Der in der Menschheitsgeschichte einmalige Wirtschaftsaufschwung in den letzten 200 Jahren, die sogenannte industrielle Revolution, konnte nur durch rücksichtslose Ausbeutung erschöpflicher Ressourcen, unbekümmertes Ablassen der Abfälle in die Biosphäre bei Missachtung der körperlichen und seelischen Gesundheit der Menschen durch Technikeinsatz erreicht werden“ (Fornallaz 1985).

Die Linkspartei war bisher die einzige dem Kapital nicht hörige Partei und müsste eine Strategie ausarbeiten, wie bei Schaffung humaner Produktivkräfte, erheblich reduziertem Material- und Energieeinsatz die Industrie und die Gesellschaft umgestaltet werden müssen. Heute ist eindeutig klar, dass die nationale Marktwirtschaft, der Klassenstaat und die plutokratische Minderheitendemokratie das kapitalistische System nicht weiter stabilisieren können. In einigen südamerikanischen Ländern scheint man das begriffen zu haben und handelt. Dieses System muss aber vor allem deshalb beseitigt werden, weil

es den Bestand der Menschheit gefährdet. Es ist nicht in der Lage, die anstehenden Probleme zu lösen, was sehr anschaulich gegenwärtig bei der Klimadebatte und den Maßnahmen der Regierung zu erkennen ist.

Notwendig ist eine Gesellschaft ohne Kapitalismus und Markt, ohne Wachstum und Ressourcenverschwendung, ohne Staat als Repressionselement und ohne Entfremdung der Menschen. Nur dann können Gerechtigkeit hergestellt, Hunger und Armut überwunden und die ökonomische, sexistische und rassistische Unterdrückung beendet werden.

Nun hat die Führung der Linkspartei seit dem Zusammenschlussprozess mit der WASG versucht, den Sozialismus als Gesellschaftsziel weitgehend aus den programmatischen Dokumenten herauszunehmen. Damit steht die Linkspartei mit ihren Forderungen sogar rechts von der SPD. Gysi bekennt sich ausdrücklich zu Keynes. Die schlimmsten Auswüchse des Kapitalismus zu beseitigen, um den Kapitalismus zu retten und die Gefahr einer sozialistischen Revolution zu bannen, war dessen Ziel. Es gibt in der Linkspartei keinen Entwurf für einen zukünftigen Sozialismus. Folge ist, dass auch Wirtschaftswachstum nicht kritisiert, sondern als notwendig erachtet wird. Die Linkspartei hat aber auch keine Vorstellungen, mit welchen Kräften das in welchen Fristen durchführbar wäre. Dabei muss es vorrangige Aufgabe der Linken sein, für eine Veränderung des Kapitalismus zum Sozialismus zu kämpfen, anstatt die kapitalistischen Schwächen überwinden zu wollen.

Die Ökologische Plattform bei der LINKEN tritt für einen Ökosozialismus ein, wie er von Saral Sarkar entworfen wurde und der in Verbindung mit dem Sozialismuskonzept von Heinz Dieterich die Grundlage unserer, von der offiziellen Parteimeinung abweichenden Auffassung vom Sozialismus widerspiegelt. In diesem Konzept hat Wirtschaftswachstum in den Industrieländern keinen Platz und wird als destruktiv abgelehnt.

12.1 Vorschlag der Ökologischen Plattform für ein Parteiprogramm der LINKEN zum Problem Wirtschaftswachstum

Wirtschaftlichem Wachstum kann bei zunehmendem Raubbau an Rohstoffen, zunehmendem Energieverbrauch und der damit einhergehenden Umweltzerstörung und dem absehbaren Rohstoffmangel durch Erschöpfung der Lagerstätten auch in Hinblick auf den massenhaften Ausstoß überflüssiger und überschüssiger Produkte und auch aus Rücksicht auf den Bedarf zukünftiger Generationen für die Industrieländer nicht mehr zugestimmt werden. Schrittweise muss der Weltverbrauch an Rohstoffen um 80 % gesenkt werden. Es darf nicht zugelassen werden, dass auch weiterhin 20 % der Weltbevölkerung in den Industrieländern 80 % der Weltressourcen verbrauchen.

Ein Schrumpfen des Materialverbrauchs muss nicht mit einem Sinken des notwendigen materiellen Wohlstandes in den Industrieländern einhergehen. Allein durch die Umstellung der Produktion auf langlebige und reparaturfähige Güter und den Verzicht auf Rüstungsproduktion könnte die Hälfte des eingesetzten Materials eingespart werden. Wachstum auf den Gebieten der Kultur, der Bildung, der Forschung, der Gesundheit sowie der Jugend- und Sozialarbeit findet unsere Zustimmung. Auch wirtschaftlichem Wachstum in Industriezweigen, die an der Heilung und Verhinderung von Naturschäden mitwirken, kann unter Bedingungen zugestimmt werden.

13. Thesen zur Wachstumsfrage

Diese Thesen wurden 2010 im Zusammenhang mit der Diskussion um den Entwurf für ein neues Parteiprogramm der LINKEN vom Sprecherrat der Ökologischen Plattform veröffentlicht.

1. Das Wachstum ist dem kapitalistischen System immanent und für den Fortbestand der kapitalistischen Gesellschaft unentbehrlich. Wirtschaftswachstum ist in der BRD ein politisches Ziel, das gesetzlich verankert ist (StWG 1967).

Eine Marktwirtschaft beruht auf dem ständigen Einsatz und der Vermehrung von Kapital, deren Eigner Gewinnmaximierer sind, und zwar unter Wettbewerbsbedingungen. Wettbewerb zwingt die Unternehmer bei Strafe des Konkurses zu Kapitalwachstum (J. Priewe). Die Profitrate ist der Stachel der kapitalistischen Produktion (K. Marx).

„Der aus den Gesetzen des Kapitalismus hervorgehende Zwang zu ständigem Wachstum bei Strafe des Untergangs hat bewirkt, dass der Kapitalismus alle aus den Gesetzen der Natur sich ergebenden technologischen Möglichkeiten von Stufe zu Stufe steigend entwickelt hat, weil er nur durch ständig steigende Produktivität der Arbeit, also mit Hilfe des technischen Fortschrittes, dieses Wachstum realisieren und der ihn ständig verfolgenden Stabilitätskrise gerade noch entgehen kann“ (Havemann, R. 1982).

Aus der Widersprüchlichkeit zwischen den nahezu unendlichen Möglichkeiten des Geldes, d. h. den gesamten stofflichen Reichtum bekommen zu können, und seiner praktisch quantitativen Begrenztheit folgt das grenzenlose Streben nach unendlicher Geldvermehrung (Karathanassis, A. 2003).

2. Die Bedürfnisbefriedigung ist nicht Ziel des kapitalistischen Wachstums, sondern der Profit. In einer demokratischen sozialistischen Solidargemeinschaft muss die nachhaltige Befriedigung der Grundbedürfnisse Ziel des Wirtschaftens sein.

Bedürfnisbefriedigung ist nicht erstrangiges Ziel der kapitalistischen Produktion, Ziel ist der Profit. Waren sind das Vehikel für den Wert.

Waren müssen nicht unbedingt ein notwendiges Lebensbedürfnis stillen, sondern sie müssen verkauft werden, und erhalten deshalb eine Gestalt, die den Käufer anlockt, und ein Bedürfnis für die angebotene Ware wird über die Werbung künstlich geweckt. Die kapitalistische Produktion orientiert sich natürlich auch an der Befriedigung von Bedürfnissen und, sofern diese vorhanden sind und die entsprechende Kaufkraft, bringt die Produktion der betreffenden Waren auch Profit.

Da der Profit das primäre Ziel der kapitalistischen Produktion ist, findet die Gebrauchswertproduktion immer unter dem Primat der Kapitalverwertung statt.

Aus Gründen der betrieblichen Rentabilität werden Maßnahmen unterlassen, die aus ökologischer Rücksicht oder Vorschrift erforderlich wären.

3. Immer deutlicher wird, dass die Wachstumsgesellschaft kontraproduktiv geworden ist. Die Wachstumsgesellschaft kann die natürliche Umwelt nicht erhalten, sondern wird sie zwangsläufig vernichten.

Die Wertgestalt des Kapitals braucht immer eine stoffliche Entsprechung, d. h. eine naturrelevante Entsprechung. Zur Dauerhaftigkeit der Kapitalverwertung müsste auch die stoffliche Natur unendlich und unbegrenzt sein.

Die natürliche Begrenztheit der Stoffe und die Grenzen der schadstofflichen Belastbarkeit der Natur müssen durch den kapitalistischen Produktionsverbrauch irgendwann notwendigerweise überschritten werden. Das Kapital ignoriert das qualitative Wesen der Natur (Karathanassis, A. 2003).

Naturzerstörung folgt nicht aus der Gebrauchswertproduktion an sich, sondern durch die Kopplung dieser mit den Zielen des kapitalistischen Verwertungsprozesses. Dieser ist Ursache einer ungebremsten Zerstörung der Natur.

4. Wirtschaftswachstum bringt weder mehr allgemeinen Wohlstand, noch schafft es Arbeitsplätze, noch sichert es die Sozialsysteme. Noch können die Staatsschulden abgebaut werden, und die Entwicklungsländer erhalten nicht mehr Hilfe. Wirtschaftswachstum macht nur die Reichen reicher, verstärkt die Ausbeutung der Arbeiter im In- und Ausland und richtet die Natur zugrunde.

Behauptet wird, dass Wachstum mehr Wohlstand bringt. Fakt ist aber, dass der Wohlstand ungleich verteilt wird. Die Reichen werden immer reicher, die Armen werden mehr und ärmer. In den letzten 30 Jahren ist der „wirtschaftliche Wohlstand“ gesunken, obwohl das BIP gewachsen ist.

In den letzten 40 Jahren ist die Arbeitsproduktivität um 260 % gestiegen, die Materialeffizienz aber nur um 50 bis 70 %. Die Anzahl der Vollarbeitskräfte ging durch technologische Rationalisierung ständig zurück. Wirtschaftswachstum bringt nicht mehr Arbeitsplätze und sichert auch nicht die vorhandenen.

Es wird behauptet, dass Wirtschaftswachstum die Sozialsysteme sichern würde. „Der Kuchen wird immer größer, doch das Stück, welches für die Mehrheit der Menschen, ob arbeitend oder nicht, davon abgegeben wird, wird immer kleiner“ (Blessing, K., 2003). Die Steuerlast verteilt sich auf 90 % auf Arbeit und Verbrauch (MWSt) und zu 10 % auf Unternehmen und Vermögen.

Wirtschaftswachstum würde die Staatsschulden abbauen, wird erklärt. Ob stagnierende, wachsende oder rückläufige Entwicklung der Wirtschaft, die Staatsschulden nehmen zu.

Wirtschaftswachstum wäre die Voraussetzung für die Hilfe für Entwicklungsländer. Abgesehen davon, dass etwa 80 % der Entwicklungshilfe wieder in die Geberländer zurückfließen, wird die Hilfe immer mehr gekürzt. Die reichen Länder USA, Deutschland Frankreich und Großbritannien liegen auf dem letzten Platz.

5. Die auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaft der Industrieländer wird die Quellen der Industrierohstoffe und Nahrungsmittelproduktion erschöpfen und zu einer Katastrophe der menschlichen Zivilisation führen.

In den nächsten 20 Jahren wird es ernste Versorgungsschwierigkeiten bei Erdölprodukten, Gas, Uran, Kupfer, Gold, Blei, Quecksilber und anderen Industrierohstoffen geben. Der Bedarf wird insbesondere durch die wachsenden Volkswirtschaften von China und Indien anwachsen. Die Rohstoffpreise sind gestiegen und werden weiter steigen.

Der Peak Soil, die größte Anbaufläche für Nahrungsmittel, ist seit den 1980er Jahren Realität. Die weltweite Anbaufläche geht durch Bodendegradation zurück. Die Bodenfruchtbarkeit wird durch die industriemäßige Landwirtschaft, die Plantagenwirtschaft, den Anbau von Monokulturen ständig verschlechtert, bei steigender Bevölkerung. Schon jetzt hungern über eine Milliarde Menschen, künftig werden noch deutlich mehr Menschen hungern.

Der ungebremste Klimawandel wird zu einer Heißzeit auf unserem Planeten führen. Schmilzt das Eis der Antarktis und von Grönland, dann wird der Meeresspiegel um 12 m steigen und fast alle größeren Bevölkerungsballungen und Großstädte der Welt werden im Meer versinken. Das kann schon Ende dieses Jahrhunderts passieren. Klimaflüchtlinge werden nach Norden drängen, zuerst innerhalb der EU und dann aus Afrika.

6. Durch Verstaatlichung oder staatliche Einflussnahme können die kapitalistischen Marktgesetze und das Profitstreben nicht außer Kraft gesetzt werden. Der Staat ist überdies fest in der Hand der großen Konzerne und Banken (Bankenrettung, Atomgeheimvertrag).

In einer kapitalistischen Umgebung kann ein kommunales oder staatliches Unternehmen sich nur marktkonform verhalten, oder es geht Pleite.

Die Überführung der Wirtschaftsbereiche, die die Versorgung mit öffentlichen Gütern zur Aufgabe haben, wie z. B. Energie, Wasser, Abwasser, Abfall, in öffentliches Eigentum, wird nur die bisherige Preistreiberei der Konzerne mil-

dern und möglicherweise zu naturschonenderen Verfahren führen, am kapitalistischen System aber nichts ändern.

7. Die von den Befürwortern des kapitalistischen Systems propagierten Lösungen, um die Natur zu erhalten und den Rohstoffverbrauch zu senken, sind Scheinlösungen, die bisher an der „Wachstumsgesellschaft“ nichts geändert haben, außer dass wir uns noch schneller auf die Katastrophe zu bewegen.

Die Wirtschaft muss in zweierlei Hinsicht schrumpfen: Der Naturverbrauch muss um 80 % sinken, die Naturvergiftung muss vollständig eingestellt werden.

Es ist Aufgabe der Wirtschaft, den Stoffverbrauch um 80 % zu senken und dabei alle unentbehrlichen Güter in der notwendigen Menge und unbedingt erforderlichen Gebrauchswertfunktion herzustellen.

Das ingenieurtechnische Personal und die Forschungszentren müssen auf die neue Aufgabenstellung eingeschworen werden und die Entwicklung von bisher produzierten und neuen Produkten auf Stoffminimierung und Funktionsoptimierung umstellen. Ziel ist nicht mehr, neue profitable Produkte mit überflüssigen Gebrauchswerteigenschaften herzustellen.

8. Im Rahmen des kapitalistischen Systems muss das System verändert werden. Erster Schritt ist, die Konzerne und Banken zu enteignen oder in Treuhand zu nehmen und die Macht des Kapitals zu brechen.

Der Zwang zur Kapitalverwertung macht alle Bemühungen zur Erhaltung der Natur und der Einstellung der ungebremsten Rohstoffausbeutung zunichte.

Lösungen, die ein „qualitatives“, „selektives“, „sauberes“, „effizienteres“ Wachstum versprechen und als „Green New Deal“ anpreisen, sind Propagandalügen, die von der ernststen Situation ablenken sollen und dem Kapital nicht weh tun.

Eine schrittweise Überwindung der Ausbeutung von Mensch und Natur durch das Kapital wird vor allem durch das globalisierte Kapital verhindert.

9. Ein glückerfülltes Leben ist in der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft objektiv nicht möglich. Vom Kapital angebotene Ersatzbefriedigungen und Ablenkungen führen nur zu vermehrtem Energie- und Rohstoffverbrauch. Die Menschen müssen sich wieder zu Solidargemeinschaften auf allen Ebenen des Lebens zusammenfinden und das Leben gemeinsam gestalten. Der Konsumverzicht einzelner Vorbildmenschen kann das Wachstum und die Verschwendung nicht aufhalten.

Die Propagandamaschine des Kapitals suggeriert über die Medien ein Menschenbild, des „sich selbst verwirklichenden Menschen“, der immer mehr Güter anhäufen muss, um glücklich zu sein.

Durch die örtliche Trennung von Wohnen, Arbeitsstelle, Freizeiteinrichtungen, Einkaufen und Bildung werden die Menschen zu isolierten, vereinzelter, egoistischen, politisch unorganisierten und uninteressierten, leicht manipulierbaren Ausbeutungsobjekten des Kapitals.

Auszug aus den 13 Thesen des „Forums demokratischer Sozialismus“ zum Entwurf des Programms der Partei DIE LINKE zum Thema „Wachstum“

„Das Wachstum in den 70er Jahren war rein ökonomisch determiniert und basierte auf einem dramatischen Raubbau an der Natur. Von dieser Wachstumsvorstellung, die auch einer der Gründe des staatssozialistischen Scheiterns war, wollen und müssen wir uns verabschieden. Wachstum, ob im Kapitalismus oder Sozialismus, kann und soll künftig nur diejenigen Bereiche umfassen, die der Nachhaltigkeit und Lebensqualität dienen. Schrumpfen muss, was Naturressourcen ausbeutet, die Risikoverlagerung begünstigt oder sozial ungerecht ist.“

Literaturverzeichnis

- Ahlfeld, H. (1994): Wohlstand für niemand? - AG Wirtschaftspolitik beim PV der PDS.
- (2003): Ökologischer Umbau - soziale Gerechtigkeit - Wirtschaftswachstum.
- Alt, Franz.; Bahro, Rudolf; Ferst, Marko (2002): Wege zur ökologischen Zeitenwende.
- Amery, C. (1983): Die wahre Wende - Eine alternative Regierungserklärung.
- Ax, C. (1997): Werkstatt für Nachhaltigkeit.
- Bahro, Rudolf (1990): Die Alternative.
- (1990a): Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten?
- (1991): Rückkehr. Die In-Weltkrise als Ursprung der Weltzerstörung.
- (1995): Apokalypse oder Geist einer neuen Zeit.
- Berger, H. (2003): Entgrenzte Städte. Zur politischen Ökologie des Urbanen.
- Billa, S. (2002): Sterbehilfe für den Planeten. Versuch einer Bestandsaufnahme.
- Binswanger, H. C.; Geissberger, W.; Ginsburg, T. (Hrsg., 1978): Der NAWU-Report: Wege aus der Wohlstandsfalle: Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltkrise. – Fischer. Frankfurt/Main. Papers of the Swiss NAWU (Neue Analysen für Wachstum und Umwelt) project.
- ; Bonus, H.; Timmermann, M. (1981): Wirtschaft und Umwelt. Möglichkeiten einer ökologieverträglichen Wirtschaftspolitik.
- ; Frisch, H.; Nutzinger, H. G. (1983): Arbeit ohne Umweltzerstörung. Strategien für eine neue Wirtschaftspolitik.
- Bleichwitz, R.; Schütz, H. (1992): Unser trügerischer Wohlstand. Ein Beitrag zur deutschen Ökobilanz.
- Blessing, K. (2003): Ist sozialistischer Kapitalismus möglich?
- Bollinger, S.; Maleck, B. (1987): Denken zwischen Utopie und Realität.
- Bossel, H. (1978): Bürgerinitiativen entwerfen die Zukunft. Neue Leitbilder - neue Werte.
- Brand, U. (2002): Mythen globalen Umweltmanagements.
- ; Görg, C. (2001): Access & Benefit Sharing. Zugang und Vorteilsausgleich – das Zentrum des Konfliktfelds Biodiversität.
- Brown, L. R. (2007): Plan B 2.0 – Mobilmachung zur Rettung der Zivilisation.
- BUND (2004): Die ökologischen Grenzen der Globalisierung. Analysen und Alternativen.
- ; Misereor; Wuppertalinstitut (1996): Zukunftsfähiges Deutschland.
- Carson, R. (1962): Der stumme Frühling.
- Constanza, R.; Cumberland, J.; Daly, H., Goodland, R.; Norgaard, R.; Eser, T. W.; Schwaab, J. A.; Seidl, I.; Stewen, M. (Hrsg., 2001): Einführung in die Ökologische Ökonomik. – UTB. Stuttgart.
- Deutsch, C. (1994): Abschied vom Wegwerfprinzip. Die Wende zur Langle-

bigkeit in der industriellen Produktion.

- Douthwaite, R.; Diefenbacher, H. (1998): *Jenseits der Globalisierung. Handbuch für lokales Wirtschaften.*
- Dürr, H. P. (1995): *Die Zukunft ist ein unbetretener Pfad. Bedeutung und Gestaltung eines ökologischen Lebensstils.*
- Eppler, E. (1981): *Wege aus der Gefahr.*
- Europäische Kommission (1993): *Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. Weißbuch.*
- Fischer, A. (1999): *Herausforderung Nachhaltigkeit.*
- Gabor, D.; Colombo, U. (1976): *Das Ende der Verschwendung. Zur materiellen Lage der Menschheit.*
- Gege, M. (2005): *Die Zukunftsanleihe.*
- Graf, D. (1984): *Ökonomie und Ökologie der Naturnutzung.*
- Gruhl, H. (1975): *Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik.* – Fischer. Frankfurt/Main.
- Harich, W. (1975): *Kommunismus ohne Wachstum.*
- Hauff, V. (Hrsg., 1987): *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht.*
- Havemann, R. (1982): *Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg.*
- Heidt, W. (1980): *Abschied vom Wachstumswahn.*
- Hinterberger, F.; Luks, F. (Hrsg., 2000): *Jenseits des Wachstums.*
- Hirsch, J. (2000): *Die Internationalisierung des Staates.*
- Holzinger, H. (2002): *Nachhaltig leben.*
- Illich, I. (1975): *Selbstbegrenzung.*
- IPCC (2007): *Fourth Assessment Report: Climate Change 2007.* - Cambridge University Press. Cambridge, New York.
- Jakobuwicz, D. (2002): *Genuss und Nachhaltigkeit. Handbuch zur Veränderung des persönlichen Lebensstils.*
- Janicke, M. (1979): *Wie das Industriesystem von seinen Missständen profitiert.*
- Kanning, H. (2005): *Brücken zwischen Ökologie und Ökonomie.*
- Karathanassis, A. (2003): *Naturzerstörung und kapitalistisches Wachstum.*
- Kennedy, M. (1994): *Geld ohne Zinsen und Inflation. Ein Tauschmittel, das jedem dient.* – Wilhelm Goldmann. München.
- Klingholz, R. (1994): *Wahnsinn Wachstum. Wieviel Mensch erträgt die Erde?*
- Kosta, J. (1974): *Sozialistische Planwirtschaft.*
- Loske, R. (1997): *Zukunftsfähiges Deutschland.* – Birkhäuser. Basel. 4., überarb. und erw. Aufl.
- Lovelock, J. (2007): *Gaias Rache – Warum sich die Erde wehrt.*
- Meadows, Dennis (1972): *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit.*
- Meadows, Donella; Meadows, Dennis; Randers, J. (1992): *Die neuen Grenzen des Wachstums.*
- Meyer-Abich, K. M.; Schefold, B. (1981): *Wie möchten wir in Zukunft leben?*

Der „harte“ und der „sanfte“ Weg.

Moony, P.; Fowler, C. (1991): Die Saat des Hungers. Wie wir die Grundlagen unserer Ernährung vernichten.

Müller, M.; Hennicke, P. (1994): Wohlstand durch Vermeiden. Mit der Ökologie aus der Krise.

OECD-Bericht (1981): Die Zukunftschancen der Industrienationen.

Ökologische Plattform (2005): Tarantel Nr. 31, November 2005.

----- (2006): Ökosozialistisches Manifest. Ein Beitrag der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei.PDS zur Programmdiskussion. Tarantel Nr. 34, III/September 2006.

Rumjanzew, A. M. (1975): Politische Ökonomie des Sozialismus – erste Phase der kommunistischen Produktionsweise (russ.).

Sarkar, S. (1999): Die nachhaltige Gesellschaft. Eine kritische Analyse der Systemalternativen.

-----; Kern, B. (2004): Ökosozialismus oder Barbarei. Eine zeitgemäße Kapitalismuskritik. Tarantel Nr. 25, Juni 2004.

Schenkel, W. (2003): Schrumpfung. Wachsen durch Wandel.

Scherhorn, G. (1994): Die Unersättlichkeit der Bedürfnisse und der kalte Stern der Knappheit.

-----; Weber, C. (2002): Nachhaltiger Konsum.

Schlemmer, J. (1981): Zukunft in Bescheidenheit. Über die Alternativen, die wir noch haben.

Schmidt-Bleek, F. (1994): Wieviel Umwelt braucht der Mensch? MIPS – das Maß für ökologisches Wirtschaften.

----- (2004): Der ökologische Rucksack.

Simonis, U. E. (1980): Ökonomie und Ökologie. Auswege aus einem Konflikt.

Sixel, F. W. (2003): Die Natur in unserer Natur

Sopper, Melanie; Salmhofer, Christian (2000): Wie viel Fleisch erträgt die Welt? – Sustainable Austria 13, September 2000, S. 5 – 9 (www.nachhaltig.at/SusA13.pdf, 2011-05).

Steinitz, K. (1996): Wie eine Besatzungsarmee in Feindesland. Sind Ökonomie und Ökologie zu versöhnen?

----- (2005): Chancen für eine alternative Entwicklung.

----- (2006): Wirtschaftswachstum und ökologische Nachhaltigkeit in der Programmdebatte der Linken. Pankower Vorträge Heft 87

Stihler, A. (1998): Die Entstehung des modernen Konsums. Darstellung und Erklärungsansätze. – Beiträge zur Verhaltensforschung, Heft 35. Berlin.

Traube, K. (1979): Wachstum oder Askese – Kritik der Industrialisierung von Bedürfnissen.

Van Dieren, W. (1995): Mit der Natur rechnen. Der neue Club of Rome-Bericht.

Von Klipstein, M.; Strümpel, B. (1984): Der Überdruß am Überfluß.

Von Arnim, H. H. (2001): Das System – Die Machenschaften der Macht.

- Weizsäcker, E. U.; Lovins, A. B.; Lovins, L. H. (1995): Faktor vier. Doppelter Wohlstand – halbierter Verbrauch. Der neue Bericht an den Club of Rome.
- Wenke, K. E.; Zillesen, H. (1978): Neuer Lebensstil – verzichten oder verändern? - Opladen
- Wilson, E. (1995): Der Wert der Vielfalt. Die Bedrohung des Artenreichtums und das Überleben des Menschen.

Autor

Prof. Dr. agr. habil. Dr.-Ing. Götz Brandt

- geb. 1931
- Beruf Landwirt
- LPG-Vorsitzender
- Studium der Agrar- und Ingenieurwissenschaften
- Promotion Dr. agr. und Dr.-Ing., Habilitation
- Lehrstuhlinhaber für landwirtschaftliches Maschinen- und Bauwesen
- Direktor des Instituts für landwirtschaftliches Maschinen- und Bauwesen der Humboldt-Universität zu Berlin
- ab 1975 politische Verfolgung in der DDR
- Forschung an der Bauakademie der DDR
- Kaufmännischer Direktor der Bauakademie der DDR zur Wendezeit
- Mitglied der Geschäftsleitung eines Bauunternehmens in Dortmund
- Mitglied im Sprecherrat der Ökologischen Plattform bei der LINKEN seit 2003